

PROTOKOLL NR. 279

über die Verhandlungen des Einwohnerrates Horw

Sitzungsdatum:	23. Juni 2005
Sitzungsort:	Saal des Pfarreizentrums
Anwesend:	28 Einwohnerräte/Einwohnerrätinnen 5 Gemeinderäte/Gemeinderätinnen Gemeindeschreiber
Entschuldigt:	Einwohnerrat Bucher Peter (ab 17.30 Uhr) Einwohnerrätin Zingg-Vetter Irène (ferienhalber) Einwohnerrätin Jost Esther Maria (ferienhalber) Einwohnerrätin Palmito Erazo-Luthiger Gabriela (bis 16.00 Uhr)
Vorsitz:	Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann
Dauer der Sitzung:	14.00 Uhr - 18.05 Uhr

Traktanden

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann begrüsst die Anwesenden und stellt Beschlussfähigkeit fest. Sie weist darauf hin, dass heute über die Dringlichkeit der Dringlichen Interpellation Nr. 520/2005, Pia Christen-Martino, "Zukunft des Sternenmätteli" zu befinden sei. Sie bitte die Interpellantin, ihren dringlichen Vorstoss zu begründen.

Pia Christen-Martino hält fest, dass die Gemeinde Horw vor kurzem das Sternenmätteli erwerben konnte. Gleichzeitig habe jedoch der ehemalige Besitzer Adolf Rast den drei Anwohnenden des Sternenmätteli ein Servitut verkauft. Sie frage sich nun, was mit dem Sternenmätteli passiere, es öffnen sich Fragen um Fragen und damit sollte die Dringlichkeit gegeben sein.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein hält fest, dass der Gemeinderat die Dringlichkeit nicht bestreite und bereit sei, auf die gestellten Fragen Antwort zu geben.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann schlägt vor, den Vorstoss als Traktandum 5 zu behandeln. Die restlichen Traktanden würden sich dann um eine Position verschieben.

Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.

Die Traktandenliste sieht wie folgt aus:

1. B+A Nr. 1311 Planungsbericht Computer in der Primarschule
2. B+A Nr. 1309 Finanzplan 2006 - 2011
3. Nr. 251/2004 Motion Silvia Simoes-Bolliger, CVP, und Mitunterzeichnende: Teilrevision Gemeindeordnung - Schaffung einer ständigen einwohnerrätlichen Sozial- und Gesundheitskommission
4. Pause

- anschliessend Fragestunde
5. Nr. 520/2005 Dringliche Interpellation Pia Christen-Martino: Zukunft des Sternenmätteli
 6. Nr. 547/2005 Postulat Hans-Ruedi Jung, CVP: Wiedereinführung Schnellzughalte in Horw
 7. Nr. 548/2005 Postulat Reto Deschwanden, CVP, und Mitunterzeichnende: Militärunterkunft Hofmatt
 8. Nr. 549/2005 Postulat Brigitte Germann-Arnold, L2O, und Mitunterzeichnende: Schutz und Nutzung am Westufer der Horwer Bucht
 9. Ersatzwahl eines Mitglieds für die Bau- und Verkehrskommission
 10. Konstituierung des Rates für die Amtsperiode 2005/2006:
 - a) Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates
 - b) Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates
 - c) Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretung
 - d) Wahl von zwei Stimmenzählerinnen oder -zählern des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretungen

Mitteilungen der Präsidentin

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann gibt bekannt, dass sie den Rat an folgenden Anlässen habe vertreten können:

- | | |
|----------------|---|
| 20. Mai 2005: | Wiedereröffnung Restaurant Eule |
| 4. Juni 2005: | Piano-Night mit CD-Taufe der Musikschule Horw (sie war CD-Gotte) |
| 9. Juni 2005: | Generalversammlung Horwer Volkshochschule |
| 11. Juni 2005: | Einwohnerratsausflug |
| 12. Juni 2005: | Jazz-Brunch der Aktionäre und Verwaltungsräte der Sonnenbergbahn auf dem Sonnenberg |
| 18. Juni 2005: | Ehemaligentreffen der Alt-Einwohnerratspräsidentinnen und -präsidenten |
| 19. Juni 2005: | Empfang des Gemeinderates Ittigen BE anlässlich dessen Ratsausfluges |
| 20. Juni 2005: | Apéro anlässlich der Finalsplele der Fussballclubs Zentralschweiz |

Vorausschauend werde sie noch folgende Anlässe besuchen:

- | | |
|------------------|--|
| 3. Juli 2005: | Dorfzorg Quartierverein Felmis |
| 8. Juli 2005: | Schulschluss-Zobig der Horwer Lehrerschaft |
| 25. August 2005: | Delegiertenversammlung der Handballvereinigung Schweiz |
| 28. August 2005: | ZSSV IO Sondersporttag Sportanlagen Seefeld |

Sie teilt ferner mit, dass sie seit der letzten Sitzung 35 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen habe gratulieren dürfen. Im Juli und August werden dann noch ca. 60 dazu kommen.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann stellt voran, dass an der heutigen Sitzung zwei Ratsmitglieder das letzte Mal in diesem Rat anwesend seien, einerseits das langjährige Mitglied Niklaus Bucher, CVP, andererseits das Mitglied Sibylle Wüthrich, L2O. Die Gründe Niklaus Buchers für sein Ausscheiden seien persönlicher und gesundheitlicher Natur, Sibylle Wüthrich gönne sich einen einjährigen Auslandsaufenthalt. Beiden verdienten Ratsmitglieder möchte sie an dieser Stelle von ihrer Seite her herzlich für ihr Engagement zum Wohl der Gemeinde danken. Sie schlage jedoch vor, dass in Anbetracht des vollen Sitzungsprogrammes und den anstehenden Wahlen die persönliche Verabschiedung der beiten Austretenden in den Freiräumen zwischen den Wahlgängen stattfinden werde. Sie werde dann jeweils den entsprechenden Personen das Wort erteilen.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann möcht an dieser Stelle auch über die Tätigkeit der einwohnerrätlichen Bürgerrechtsdelegation informieren. Die Bürgerrechtsdelegation hat an ihrer Sitzung vom 6. Juni 2005 zwei Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert. Es handle sich um eine Person serbisch-montenegrinischer sowie um eine Person kroatischer Herkunft. Das Gesuch eines weiteren Gesuchstellers sei abgelehnt worden, die Ratsmitglieder hätten Kenntnis davon.

Neueingänge

- | | |
|---------------|--|
| 19. Mai 2005: | Postulat Karin Probst, L2O, und Mitunterzeichnende: Öffentliche Beleuchtung mit Naturstrom |
|---------------|--|

19. Mai 2005: Interpellation Karin Probst, L2O, und Mitunterzeichnende: Fahrradfahren in Horw
 25. Mai 2005: Postulat Sibylle Wüthrich, L2O, und Mitunterzeichnende: Schulische Sozialarbeit für die Stufen Kindergarten und Primarschule
 7. Juni 2005: Dringliche Interpellation Pia Christen-Martino, CVP: Zukunft des Sternenmätteli
 9. Juni 2005: Postulat Hans-Ruedi Jung, CVP: Zufahrt Ökihof und Steinibachweg
 18. Juni 2005: Interpellation Roger Jenni, FDP, und Mitunterzeichnende: Alter Gemeindewerkhof
 20. Juni 2005: Postulat Gabi Rölli, FDP, und Mitunterzeichnende: Parkierung Grisigenstrasse
 20. Juni 2005: Interpellation Jörg Stalder, L2O, und Mitunterzeichnende: Masterplan für Horwer ESP-Gebiete

Rechtskraft

Seit der letzten Sitzung sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

Protokoll

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann teilt mit, dass gegen das das Protokoll Nr. 278 der Sitzung vom 19. Mai 2005 keine schriftlichen Einsprachen eingegangen seien. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

Traktandum 1

B+A Nr. 1311: Planungsbericht Computer in der Primarschule

Eintreten

Thomas Zemp hält im Namen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) fest, dass der Gemeinderat mit dem Bericht und Antrag Nr. 1311 dem Einwohnerrat ein Planungsbericht über die Einführung von Computern als Arbeitsinstrumente in der Primarschule vor. Der Einsatz von Computern in der Primarschule sei eine Vorgabe des Kantons und werde von dem in seiner Realisierung subventioniert und ab 2006 dann durch eine Erhöhung der Pro-Kopf-Beiträge mit finanziert. Beim Computereinsatz in der Primarschule gehe es nicht um ein neues Unterrichtsfach, sondern es gehe viel mehr darum, fächerübergreifend den Einsatz dieses Gerätes als Werkzeug und als Arbeitsmittel zu fördern. Der GPK wurde versichert, dass vorderhand die persönliche Anschaffung eines solchen Systems nicht zur Voraussetzung werde, um die Primarschule besuchen zu können. Ferner wurde der Kommission auch versichert, dass solch neue Arbeitsinstrumente und Arbeitstechniken nicht dazu führen, dass eine Verschiebung der Lernverantwortung Richtung Schüler stattfinden würde. Der vorliegende Planungsbericht beziehe sich also auf die Umsetzung dieser kantonalen Vorgaben in der Gemeinde Horw, das Projekt sei bereits vor längerer Zeit gestartet worden und per Ende 2005 werde die Infrastruktur bereits in den Schulhäusern Spitz, Mattli und Biregg vorhanden sein. Weiterführende Angaben und Hintergründe zu den Absichten dieses kantonalen Projektes finden sich der der Broschüre "Computer in der Primarschule", welche der Kanton extra zu diesem Thema herausgegeben habe. Die GPK habe den Bericht und Antrag geprüft und mit dem Gemeindeammann und dem Gemeindepräsidenten besprochen. Man habe keine wesentlichen Feststellungen dazu gemacht und werde sich allenfalls während der Detailberatung nochmals melden. Die GPK danke dem Gemeinderat und den zuständigen Mitarbeitenden für die Ausarbeitung dieses Planungsberichtes und empfehle einstimmig, auf den Planungsbericht einzutreten und von diesem im Anschluss an die Detailberatung auch Kenntnis zu nehmen.

Pia Christen-Martino erklärt im Namen der CVP-Fraktion, dass der Regierungsrat vorsehe, dass bis zum Beginn des Schuljahres 2005/06 sämtliche Schülerinnen und Schüler ab der 3. Klasse im Unterricht Computer verwenden können. Das Wahlfach Informatik sei in Horw seit 1988 und integrierte Informatik ca. seit 1998 auf der Oberstufe feste Bestandteile des Unterrichtes. Mit der Einführung von Computern an der Primarschule würden jetzt diese Vorgaben des Kantons umgesetzt. Die Gemeinde Horw war stets sehr offen für den Computereinsatz an den Schulen gewesen. Deshalb sei die Umsetzung dementsprechend bereits in vollem Gange. Dass es beim Computereinsatz nicht darum gehe, die Lehrpersonen zu ersetzen, versehe sich von selbst; obwohl es sicherlich einige Schüler gäbe, die damit keine Probleme hätten. Die Tatsache, dass es in vielen Haushaltungen bereits Computer habe, in andern wiederum aber nicht, schaffe auch eine grosse Chance, Ungleichheiten für Schülerinnen und Schülern *zu beheben*. Der Computer sei mittlerweile ein wichtiges Hilfsmittel in unserer Schul- und Arbeitswelt. Man könne nicht früh genug damit beginnen, die vielseitigen Möglichkeiten, welche der Computer biete, zu erlernen. Sinnvoll eingesetzt diene der Computer in der Primarschule in erster Linie als Werkzeug; er soll die Arbeit der Schülerinnen und Schüler vereinfachen und unterstützen. Der Computer sei keine visionäre Forderung für die Schule in der Zukunft, er sei

vielmehr schon für viele Kinder ausserhalb der Schule Realität. Die Schule sei prädestiniert dafür den Kindern aufzuzeigen, dass man mit dem Computer nicht nur "megageil" gamen könne, sondern dass der Computer auch in der Schul- und Arbeitswelt eine echte Hilfe darstelle. Die CVP-Fraktion sei einstimmig für Kenntnisnahme des Bericht und Antrages Nr. 1311.

Beatrice Buholzer-Stierli hält im Namen der FDP-Fraktion fest, dass nun nach Vorgaben des Kantons auch in der Primarschule der PC Einzug halte. Für jene Kinder, welche zuhause keinen PC hätten, sei das ein grosser Pluspunkt zu lernen, mit dem Computer klar zu kommen, ganz nach dem Motto "Früh übt sich, was ein Meister werden will". Wichtig sei, dass der PC sinnvoll im Lernplan eingesetzt werde und so für die Lernpersonen und die Kinder von grossem Nutzen ist. Die Rahmenvorgaben konnten dem Bericht und Antrag entnommen werden; was die Fraktion erstaunte, sei das Ziel, ab der 3. Primarklasse ICP einzuführen. Im vorliegenden Bericht erfolge das jedoch erst ab der 4. Primarklasse. Die Fraktion frage sich, ob das so bleibe oder ob die 3. Klasse zu einem späteren Zeitpunkt mit einbezogen werde. Mehrkosten bei der Einführung der ICP seien zu erwarten, auch wenn der Kanton etwas daran beitrage. Bestimmt werden nicht sämtliche Lehrpersonen mit Begeisterung für die Einführung des ICP sein und eventuell nur mit Knurren mitmachen. Zugleich könne diese Situation auch vorkommen, dass der Lernende besser Bescheid wisse und zurecht komme als die Lehrperson. Andernfalls könne eine solche Situation eine Bereicherung für alle sein, es könne ein Rollentausch statt finden, ein Geben und Nehmen. Im allgemeinen sei es eine gute Sache. In der Detailberatung werde man sich nochmals melden, die FDP-Fraktion sei für eintreten und Kenntnisnahme.

Heiri Schwegler weist darauf hin, dass die L2O-Fraktion über die Vor- und Nachteile der Computernutzung in der Primarschule diskutiert habe. Man bemerkte, dass ICT auf der Stufe Primarschule im Grundsatz nicht unbedingt auf Vorbehalt aufgenommen wurde. Das werde wohl in den anderen Fraktionen ebenfalls ein Thema gewesen sein. Mit dem vorliegenden Planungsbericht wurde dem Rat seitens der ICT-Verantwortlichen eine sehr gute Grundlage geliefert worden, so dass man erahnen konnte, wie die ICT im Schulunterricht eingesetzt werden soll. Auch scheinen die Informationen sehr gut zu fliessen. Die Eltern konnten an den Informationsveranstaltungen teil nehmen und auch im Blickpunkt wurde die Bevölkerung informiert. Über praktisch jede Schulgeneration hinweg habe sich das Schulwesen stets wieder mit neuen Themen und Techniken auseinandersetzen müssen. Zu seiner Zeit sei das Fernseh vermehrt in den Schulbereich eingeflochten worden. Teilweise wurde diese Entwicklung von den damaligen Eltern auch kritisch hinterfragt. Man lernte dabei, wie mit diesem Medium umgegangen werden kann. In diesem Kontext sehe man auch die ICT-Einführung in der Primarschule. So wie man damals mit einem Füllfederhalter lernte umzugehen und diesen auch fächerübergreifend einzusetzen, so soll auch der Computer als Hilfsmittel im Natur- und Umwelt-, um Musik- oder Sprachunterricht eingesetzt werden. Von dieser Voraussetzung ausgehend könne die L2O auch hinter der ICT-Einführung in der Primarschule stehen. Man gehe davon aus, dass sich die Nutzung der ICT-Technologie nicht lediglich auf die Seite des Schulunterrichtes beschränken werde. Es werde ein enormer Druck auf das Elternhaus entstehen. Aus eigener Erfahrung stelle man fest, dass bereits Schulaufgaben zuhause über den Computer gelöst werden können oder die Kinder informieren sich über die Durchführung der Schulreise im Internet. Dieser Druck könne für ein paar wenige Eltern ein Problem darstellen und vor allem für jene, welche über keinen PC verfügen oder sich keinen leisten können. Neben den Beschaffungskosten für die Geräte fallen zusätzlich Kommunikationskosten an. Die Schule werde sich mit diesen Themen auseinander setzen müssen. Jenen Eltern, denen die Anschaffung eines PC ein Kostenfaktor darstellt, könnten alte PC der Gemeindeverwaltung abgegeben werden. Aber Geräte, welche älter als vier Jahre seien, können aus technischen Gründen nicht mehr in den Einsatz kommen. Eventuell könnte man Geräte an einer Computer-Schulbörse erwerben. Für die zusätzlich entstehenden Kommunikationskosten sollte man zusätzlich nach Lösungen suchen. Unglücklich sei man mit der angewandten Vernetzungstechnik, das Wireless-LAN. Die Vorteile der Funkvernetzung sei nicht von der Hand zu weisen. Kostengünstig und flexibel lassen sich diverse Geräte ins Netz einbinden. Nebst den Vorteilen seien auch Nachteile in Kauf zu nehmen, Sicherheit, welche sich in zwei Kategorien trennen lasse. Die Sicherheit im datenschützerischen Jargon und Sicherheit bezüglich auf die Gesundheit. Zum gesundheitlichen Aspekt möchte er noch ein paar Bemerkungen anbringen. Interessant sei, dass die WLAN-Technologie mit den selben Frequenzbereichen wie die Mikrowellen-Ofen arbeiten. Es sei auch klar, dass die Höhe der Strahlendosis der WLAN weit entfernt von dener der Mikrowelle sei, doch man kenne ja die Diskussionen, Ängste und verschiedenen Thesen über die nicht-ionisierenden Strahlen. Die Risiken seien noch nicht geklärt, und solange das so sei, soll man sorgsam damit umgehen. Die Fraktion bitte die Verantwortlichen, diese Ängste der Eltern auch weiterhin ernst zu nehmen und nicht einfach zu ignorieren. Die Problematik könne beispielsweise im Fach M+U behandelt werden. Die Sensibilisierung und Massnahmen zum verantwortungsvollen Umgang mit Geräten, welche auf der nicht-ionisierenden Übertragungstechnik basieren. Hinzuzufügen sei, dass eingeschaltete Handys in den Taschen der Kinder das grössere Risiko darstellen. Die Fraktion wünsche sich, dass die sehr zurückhaltende Einsetzung der WLAN-Vernetzungstechnik nochmals speziell unter die Lupe genommen wird. Netzwerke über das Stromnetz prüfen, Standort der Wireless-Komponenten optimieren, Wireless-Geräte auf die Qualität überprüfen, Sendeleistungen reduzieren etc. Das Konzept mit den Laptops sei eine teurere Lösung, doch die aufgezeigte Möglichkeit und der effiziente Einsatz dieser No-

tebooks rechtfertige aus Sicht der L2O-Fraktion diese Mehrkosten. Die L2O danke den Verfasserinnen des Planungsberichtes und sei für Eintreten.

Alwin Larcher stellt im Namen der SVP-Fraktion fest, dass in einem Zeitpunkt, wo man nicht einmal mehr die Vorstandsmitglieder einer politischen Partei erreiche, ohne dass man am Internet angeschlossen sei, und in einem Zeitpunkt, wo zudem an jedem Arbeitsplatz ein Bildschirm stehe, sei es eigentlich müssig, lange über die Einführung der Informatik in der Primarschule zu sprechen. Sie sei ja bereits eingeführt, und in der Oberstufe habe sie sich bewährt. Die SVP meine, dass die Kinder kaum Probleme mit diesem neuen Fach haben werden. Im Gegenteil, es dürfte hie und da ein Lehrer sein, welcher sich gewaltig anstrengen müsse, damit er den Kenntnisstand dieser Knirpse überhaupt erreicht. Der Kanton habe den Auftrag und die Rahmenbedingungen gegeben, der Gemeinderat habe das nun alles mustergültig umgesetzt im Bericht und Antrag Nr. 1311. Die Chancengleichheit werde jedoch durch die Einführung der Informatik in der Primarschule nachhaltig und entscheidend gefördert. Die SVP-Fraktion sei einstimmig für Eintreten.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein hält im Namen des Gemeinderates fest, dass der Kanton bereits 2001 diese Vorgaben gemacht habe, er habe sich dann aus verschiedenen Gründen eine Denkpause erlaubt, welche sich auch bezahlt. Das habe den Schulleiter zusammen mit den Finanzverantwortlichen der Gemeinde dazu bewogen, eine Planung aufzunehmen und erste Schritte zu einer Lösung aufzugleisen. Mit viel Herzblut von einzelnen Lehrern konnte mit geringem Aufwand ein Versuch gestartet werden, wie das schlussendlich realisiert werden könnte. Mit praktischen Erfahrungen mit teilweise kleinen Netzwerken - damals im Schulhaus Spitz - konnte schon sehr viel Know-how und Erfahrungen gesammelt werden, welche heute zugute kämen, bei den Schülern, aber auch beim Lehrkörper. Die Anregung bezüglich Technik "Wireless" - also kabellose Verbindung zu den Computern - nehme man gerne entgegen, es sei primär die Absicht, dass man in einem Gemeinschaftsraum die Laptops zusammenführe und dort ohne Kabel arbeite. Absolut erste Priorität in den Schulzimmern habe natürlich die Kabelverbindung. Der Gemeinderat beantrage dem Einwohnerrat, von diesem Planungsbericht Kenntnis zu nehmen.

Detailberatung

Gabi Rölli fragt bei Seite 6 unter "Nutzungskonzept, Hardware" bezüglich Notebooks, ob dort nicht besser fest angeschlossene PC's realisiert würden, weil diese Notebooks bei regem Gebrauch durch die Lernenden schnell kaputt gehen können. Sie frage sich dann, ob sich eine Reparatur überhaupt noch lohne oder ob dann gleich neue gekauft würden.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein erklärt, dass diese Überlegungen auch getätigt wurden, doch die Vorteile für die Notebooks hätten dann überwogen. Mit dieser Variante könnte man Hausaufgaben mitgeben oder extern etwas erledigen. Man sei dann nicht auf Kabel angewiesen. Bezüglich Nutzung und Lebensdauer könne es sei, dass die Notebooks etwas anfälliger seien, doch es sollten nicht allzu grosse Probleme auftauchen.

Robert Odermatt war ursprünglich der selben Auffassung wie Gabi Rölli, doch letzte Woche sei er beruflich im Schulhaus Hofmatt unterwegs gewesen und dort konnte er in den meisten Zimmern die Laptops sehen. Die Abstellflächen in den Schulzimmern seien an den meisten Orten sehr beschränkt. Die Laptops hätten auf dem Fenstersims Platz, man müsse dan nicht feste Einrichtungen machen. Der grosse Vorteil sei auch, dass beispielsweise bei einem Elternabend oder beim Abfassen einer Klassenarbeit sehr einfach von andern Schulzimmern die Laptops hinüber genommen werden können. Aus diesen Überlegungen sei es in Ordnung, die Laptops so anzuschaffen.

Heiri Niederberger hält bei Seite 8 unter "Infrastrukturkonzept" fest, dass er mit der Zweitnutzungsvariante, welche im Bericht und Antrag vorgeschlagen werde, nicht ganz glücklich sei. Er stelle den Antrag, dass diese Zweitnutzung gestrichen werde. Es sei nicht ganz klar, ob nun der PC ab der 4. oder 3. Klasse eingeführt werde, mit diesem Zweitnutzungsrecht werde er seines Erachtens ab der 1. Klasse eingeführt. Er erachte den pädagogischen Wert des Computers in der 1. Klasse eher als zweifelhaft, mit der Ausnahme des kaputten PC's. Dann könnte man nämlich den Erstklässlern ganz eindrücklich demonstrieren, wie wichtig es sei, dass sie ihre blumige Fantasie sehr lange erhalten. Oftmals fehle diese nämlich in zunehmendem Masse. Er verweise auf den sehr schönen Satz auf der Einladung von Heinz Sigrist für heute Abend: "Keine Zukunft vermag gutzumachen, was du in der Gegenwart versäumst". Die brauchbaren Instrumente sollte man auf einem anderen Weg verwerten, vor dem gleichen Problem stehe auch die Verwaltung, wenn sie die Infrastruktur austausche, es gebe Instrumente, welche noch brauchbar seien, und diese dürfe man nicht einfach in ein Erstklasszimmer stellen, möglicherweise könnte man diese über ein Inserat im Blickpunkt wieder ausschreiben, oder für jene, welche nicht gerne Velo fahren, einen PC-Stand an der Velobörse organisieren.

Jan Holecek fragt betreffend Stückzahl von vier Stück pro Klasse. Seines Wissens habe die städtische Kommission der Stadt Luzern Empfehlungen für drei Stück pro Klasse heraus gegeben. Die Begründung

sei, dass die Lehrerschaft bereits über einen Laptop verfüge und dann komme man auch auf die Anzahl von vier Stück. Auch die Pilotprojekte beispielsweise in Schwarzenberg oder in der Stadt Luzern wurden mit drei Stück ausgestattet.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein antwortet, dass man inzwischen von einer Lebensdauer von drei bis fünf Jahren für einen Computer ausgehe. Die Absicht war aber, dass ganze Blöcke ausgewechselt werden müssen, nicht einzelne Geräte. Er rechne damit, dass in drei, vier oder fünf Jahren mit einem Packet einer 3. Klasse begonnen würde und so dann rückwärts wieder andere Klassen neu ausstaffieren würde. Teilweise werden die Kinder das Know-how bereits mitbringen und mit den Geräten vertraut seien. Die Frage ob es nun drei oder vier Computer pro Klasse sein müssen, diesen Widerspruch könne er im Moment nicht beantworten.

Peter Bucher hält fest, dass in gewissen Schulhäusern bereits Vernetzungen mit WILAN erfolgt seien. Normalerweise aber arbeiten die Schüler jeweils "verkabelt", mit vier stationären Laptops. Bezüglich Laptops unterstütze er das Votum von Robert Odermatt, denn das Problem sei, dass in den Primarschulhäusern keine zusätzlichen Räume bestehen. Bei den Berufsschulen sei vermehrt Platz für Computer vorhanden.

Sacha Woodtli ist aufgefallen, dass WILAN bereits zur Sprache kam, über die Gesundheit wisse man noch nichts Genaues. Er empfehle jedoch, die Methode mit Strom genauer unter die Lupe zu nehmen. WILAN sei vermehrt anfällig gegen Angriffe von aussen, das Stromnetz sei sicherer. Das Programm "Anti Vir Classic" habe er bei sich zuhause ebenfalls installiert, doch dessen Qualität und auch die Updates liessen zu wünschen übrig. Tests ergaben ein relativ schlechtes Resultat. Beim Browser sei der Microsoft Explorer installiert, dieser sei - verglichen mit einem andern Produkt - anfälliger. Diese Dinge müsse man nochmals genau betrachten.

Thomas Zemp weiss, dass sich der Gemeinderat während der letzten Wochen und Monaten stets stark gegen neue und auch bestehende Mobilfunkanlagen ausgesprochen hat. Im Zusammenhang mit dem Wireless-LAN - wo doch stets betont wurde, dass man bei Schulhausanlagen keine solcher Anlagen bauen werde, da diese angeblich gesundheitsgefährdend seien, auch wenn man die Grenzwerte einhalte - interessiere ihn nun, weshalb nun der Gemeinderat ausgerechnet in diesen Schulhäusern das WILAN gutheisse. Er frage, ob man dann keine Bedenken beim Einsatz des WILAN habe, und wenn schon, wo dann die Grenzen zwischen UMTS, WSM und WILAN gezogen werden. Das WILAN selber sende ja genau in diesen Frequenzbändern, wo auch die neuen UMTS-Handys senden. Natürlich sei es ein Unterschied in der Sendeleistung. Es sei jedoch falsch wenn man sage, dass diese lediglich sporadisch gebraucht würden. Diese laufen immer, ein WILAN werde nicht herunter gefahren.

Peter Bucher weiss von Drittpersonen, dass das nicht korrekt sei, da die Reichweite dieser Strahlen sei wichtig, und ob der Computer Zugriff auf das Netz nehme. UMTS-Antennen in einem bestimmten Gebiet, das sie abdecken, können einen schädlicheren Einfluss auf die Gesundheit haben als andere. Die Tests des Bundes werden kommen. Auf WILAN könne gut verzichtet werden. Gemäss Aussagen würden im Schulhaus Spitz Schüler ca. zwei bis drei Stunden mit WILAN in Kontakt kommen, je nach Lehrperson.

Jörg Stalder hat ähnliche Informationen wie Peter Bucher. Die Personen, welche mit WILAN arbeiten, befeuerten, dass dieses System lediglich sehr sporadisch eingesetzt werde. Er denke nicht, dass das WILAN die selbe Strahlung aussende wie UMTS. Es wäre aber sinnvoll zu prüfen, ob das Ganze auch über das Stromkabelnetz abgewickelt werden könnte.

Jan Holecek findet es wichtig, wie WILAN eingestellt ist. Man könne auch auf 10 Milliwatt herunter fahren, so könne man ganze Klassenzimmer erreichen, aber sobald nachher die Strahlung erhöht werde, sei es richtig, dass es vergleichbar mit UMTS sei. Eine richtige Einstellung sei wichtig, so dass kein Elektrosmog im Klassenzimmer entstehe.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein nimmt diese Anregungen gerne entgegen. Erste Priorität habe aber nach wie vor der Stromanschluss, in zweiter Priorität würde man dann auf WILAN gehen. So hoffe er, dass die Technologie in Zukunft noch besser werde; die Chance bezüglich Kabel nehme man gerne entgegen.

Beatrice Buholzer-Stierli fragt bei Seite 10 unter "Ausbildungskonzept", ob die PC-Weiterbildungskurse obligatorisch für alle Lehrpersonen seien oder ob man auf die Grundkenntnisse schaue, welche von den einzelnen Lehrpersonen bereits mitgebracht werden. Wird man nur jene Personen in die Schulungen schicken, welche noch keine Kenntnisse haben?

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein weiss, dass sämtliche Lehrpersonen diese Kurse besuchen, damit auch alle auf dem selben Kenntnisstand seien, dies im technischen und im pädagogischen Bereich.

Beatrice Buholzer-Stierli fragt bei Seite 12 unter "Kostenübersicht Einführung ICT Primarschule 2004-2007", ob dies Stunden für die Lehrpersonen gebe und ob diese zusätzlich entschädigt würden. Gibt das zusätzliche Entschädigungen oder läuft dies im normalen Finanzplan weiter?

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein antwortet, dass die Kosten auf Seite 13 aufgelistet seien. Die Spalten müssten mit "Rechnung 2005" und "Budget 2005, 2006 und 2007" ergänzt werden. Die Aussage "14 PC ergeben eine Lektion" sei korrekt, hingegen in der zweiten Spalte müsste dieser Passus entfernt werden. Mit diesem Text wurde leider im Anschluss eine Zahl unterdrückt, es müsste heissen: "7 Lehrpersonen gleich eine Lektion". Das wären auch die Informationen in der Spalte "Rechnung 2004". Die entsprechende Kalkulation ergäbe dann 1,1 technische PC-Lernende. Erklärt wäre dann auch die Spalte 2006, wonach 19 Lehrpersonen 2,7 pädagogische Lektion aus dem Schulpool. Das ganze verursache Mehrkosten, das werde auch mit den Gesamtkosten ausgewiesen. Jene Lehrpersonen, welche diese Zusatzlektionen aufwänden, müssen auch ergänzt werden, sei es durch andere Lehrkräfte oder durch Aushilfen. Das verursache ein Teil der Mehraufwendungen bei den Besoldungskosten.

Rudolf Meier verlangt bei Punkt 10 "Kostenübersicht Einführung ICT Primarschule 2004-2007", dass eine klare und saubere Ausschreibung getätigt werde mit Leistungsanforderung und Submissionsverfahren, man könne somit Geld einsparen oder einen Rahmenvertrag abschliessen für die nächsten paar Jahre. Somit hätte man einen Lieferanten und für die gesamte Gemeinde eine saubere Lösung.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein nimmt diese Anregung gerne entgegen und stellt fest, dass dies die Hard- und Software betrifft.

Jan Holecek weiss, dass vorgesehen sei, dass das "Microsoft Office Professionel" eingeführt werden soll. Fachpersonen im schulischen Dienst sagten, dass die Einführung des "Star Office" reichen würde. Das bedeutet, dass dies pro Schulhaus lediglich Fr. 80.00 kosten würde, anstatt dass jeder Arbeitsbereit im Anschluss daran lizenziert werden müsste. Er stelle einen entsprechenden Antrag.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann weist Jan Holecek darauf hin, dass hier kein Antrag gestellt werden könne.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein weist darauf hin, dass alles im Wandel sei. Die Lizenz, also die Lernsoftware, werde vom Kanton gratis zur Verfügung gestellt, diese betrage im heutigen Wissensstand ca. Fr. 350.00. Er nehme aber die Anregung von Jan Holecek entgegen.

Abstimmung

Vom Planungsbericht Computer in der Primarschule wird 27 : 0 Stimmen Kenntnis genommen.

Traktandum 2

B+A Nr. 1309: Finanzplan 2006 - 2011

Eintreten

Thomas Zemp hält im Namen der GPK fest, dass der Gemeinderat mit dem Bericht und Antrag 1309 dem Einwohnerrat eine überarbeitete Auflage des konsolidierten Finanzplanes der Einwohner- und der Bürgergemeinde für die Jahr 2006 bis 2011 vor. Bereits im letzten Herbst hatte man den Finanzplan über die selbe Periode vorliegend, heute habe man eine Neuauflage, weil man neues Zahlenmaterial habe. Im Vergleich zum letzten Finanzplan komme der nun vorliegende in einer anderen Aufmachung daher. Dieser setze sich zusammen aus einem Textteil, welcher vorab als Bericht und Antrag gestaltet ist und nachher aus Beilagen, welche vor allem die Berechnungen die die entsprechenden Zahlen enthalten. Für die Berechnungen setze man das gleiche Tool ein wie das bereits seit ein paar Jahren der Fall ist. Das jetzige Tool sei aber ebenfalls überarbeitet worden. Ob es damit fehlerfrei sei, das werde sich zeigen. Wie weit dieser Finanzplan von den einzelnen Mitglieder des Einwohnerrates auch tatsächlich interpretiert und verstanden werden kann, das könne man von der GPK her nicht beurteilen. Man habe aber den Eindruck, dass das eine oder andere Mitglied etwas überfordert sein werde. Man regte auch an, dass es hilfreich wäre, wenn der Gemeinderat die wichtigsten Erkenntnisse, beispielsweise wie sich die Laufende Rechnung entwickelt oder wie sich die Investitionen in der Grössenordnung auswirken, im Sinne eines Management Summary zusammenfassen und so verkaufen würde. Grundsätzlich halte die GPK wie jedes Jahr fest, dass der Finanzplan ein rechtlich unverbindliches Führungsinstrument des Gemeinderates sei, er soll aufzeigen, wie sich die finanzielle Situation unserer Gemeinde entwickelt. Es sei eine Prognose in die Zukunft und es wurden verschiedene Annahmen getätigt; ob diese zutreffen, sei schwierig zu sagen. Deshalb liege auch eine grosse Unsicherheit

getätigt; ob diese zutreffen, sei schwierig zu sagen. Deshalb liege auch eine grosse Unsicherheit vor. Trotzdem zeigen diese enthaltenen Zahlen, wo die grossen Posten seien und auf welche Punkte man in den kommenden Jahren besonders acht geben müsse. Der Finanzplan wurde zusammen mit dem Gemeindevorstand und dem Finanzsekretär eingehend diskutiert und die GPK kam zu den folgenden Feststellungen: Die Basis des Zahlenmaterials, welches dem Finanzplan zugrunde liege, sei im wesentlichen die Rechnung 2004, welche erst kürzlich erschien, aber auch das Budget 2005. Das ganze habe man etwas mit dem Legislaturplan vermischt, um anschliessend zu den Investitionen und den Veränderungen der Laufenden Rechnungen zu kommen. Allgemein müsse man festhalten, dass wir uns zurzeit in einem sich stark verändernden Umfeld bewege, Stichworte wie Finanzreform auf nationaler Ebene, die Überarbeitung des Finanzausgleichs auf kantonaler Ebene, Sparmassnahmen von Bund und Kanton, Diskussion über die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden; das alles seien Punkte, welche unsere Finanzen massiv beeinflussen können, und deshalb auch zu einer Unsicherheit führen. Der Gemeinderat gehe nun davon aus, dass der Steuerfuss vorderhand mit 1,7 Einheiten konstant bleiben soll, etwa 2008 oder 2010 werde dann eine Reduktion um je 0,05 Einheiten angestrebt, aber auch nur dann, wenn gewisse Annahmen und Rahmenbedingungen eintreten werden. Bei der wirtschaftlichen Entwicklung gehe der Gemeinderat von einer langsamen Erholung aus, das wirke sich auf die Steuereinnahmen derart aus, dass man jährlich 2 % Mehreinnahmen verbuchen könne. Man stütze sich hier auf Aussagen von Wirtschafts- und Finanzzeitschriften und Annahmen des Kantons bzw. des Finanzdepartementes. Eine wichtige Komponente sei auch immer der Finanzausgleich, man gehe davon aus, dass sich dieser ab 2008 zu unseren Gunsten entwickeln werde. Die Gemeinde Horw soll dann mit 1 Mio. Franken entlastet werden. Ebenso sollen Finanzreformen auf Bundesebene eine weitere Million Ersparnis bringen. Gemäss den aktuell vorliegenden Informationen soll ja bereits nächstes Jahr der kantonale Finanzausgleich sich zu unseren Gunsten spürbar verbessern. Betreffend Investitionen zeige sich, dass man in den kommenden Jahren noch einiges in Planung habe; es werde mit rund 40 Mio. Franken Nettoinvestitionen gerechnet, davon seien bereits 17 Mio. Franken bewilligt. Dazu kommen noch die Spezialfinanzierungen, wo nochmals netto 20 Mio. Franken geplant sei, auch dort die Hälfte bereits bewilligt. Es sei klar, das führe dann zu einer weiteren Verschuldung, was dann auch Konsequenzen auf die Laufende Rechnung habe, in Form von Passivzinsen und Abschreibungen. Zu den Spezialfinanzierungen habe die GPK zurzeit wenig zu bemerken. Man halte aber fest, dass Horw im Bereich der Siedlungsentwässerung etwas speziell organisiert sei. In Horw sei ein relativ kleiner Teil des Leitungsnetzes in öffentlicher Hand, das führe dazu, dass die Gemeinde relativ wenig Investitions- und Sanierungsbedarf auf dem Leitungsnetz hat, deshalb habe man auch tiefe Gebühren. Der GEP zeigte aber auf, was noch auf dem gesamten Leitungsnetz alles zu realisieren wäre. Es werde dann die Diskussion aufkommen, ob das die Privaten selber realisieren oder ob dannzumal Teile des privaten Netzes öffentlich erklärt werden sollen. Das würde dann über die Spezialfinanzierung finanziert werden. Das führte dann dazu, dass unsere Abwassergebühren dann in jenen Bereich der Gebühren kommen wie bei den Nachbargemeinden. Der Finanzplan zeige aus Sicht der GPK primär auf, dass man in den kommenden Jahren massive Investitionsvolumen zu tätigen habe, es werde sich die Frage stellen, ob sich das Volumen im Sinne einer Trennung zwischen Notwendigem und Wünschbarem reduziert werden kann. Falls das nicht der Fall ist, müsse man sich über die Konsequenzen bzw. die Finanzierung im Klaren sein. Betreffend Laufende Rechnung stellte man fest, dass der Finanzplan davon ausgehe, dass pro Jahr rund 1 Mio. Franken einsparen wolle; wo das der Fall sein soll, das sei noch nicht ausgewiesen, das werde im Rahmen des kommenden Budgets aufgezeigt. Hinsichtlich dessen, dass man nicht ganz sicher ist, ob die Berechnungsmethoden auch korrekt sind - die GPK habe Vorbehalte im Bereich der Spezialfinanzierung, zudem seien immer noch ein paar wesentliche Fehler enthalten im Bereich um eine halbe Million - nehme die GPK zur Kenntnis, dass es sich vorliegend um den Finanzplan des Gemeinderates handle, es seien seine Zahlen, seine Prognosen und sein Führungsinstrument und er müsse auch die notwendigen Schlüsse daraus ziehen. Die GPK warte gespannt auf das Budget 2006, das werde dann ein konkreteres Instrument darstellen um mitdiskutieren zu können. Es werde dann interessant werden, inwieweit das Budget 2006 noch mit dem Finanzplan übereinstimmen wird. Die GPK danke dem Gemeinderat und den zuständigen Mitarbeitenden - es sei stets eine grosse Arbeit, den Finanzplan zu erstellen - und empfehle einstimmig, auf den Bericht und Antrag einzutreten und im Anschluss an die Detailberatung Kenntnis davon zu nehmen.

Erhard Kälin hält im Namen der Bau- und Verkehrskommission (BVK) fest, dass der Finanz- und Investitionsplan laufe über eine Periode von 2006 bis 2011. Allerdings sei der Legislaturplan lediglich bis ins Jahr 2008 angelegt. Der Bericht und Antrag 1309 sei also als Führungsinstrument für den Gemeinderat gedacht. Finanztechnische Aspekte prüfe die GPK, während die BVK die bau- und verkehrsrelevanten Themen behandle. Die linearen Abschreibungen werfen für die BVK Fragen auf. Es werde festgehalten, dass diese vom Regierungsrat beschlossen wurden und vom Gemeinderat übernommen werden müssen. Die Posten bei der Spezialfinanzierung Wasser werden neu in der Laufenden Rechnung aufgeführt, wie auch die Spezialfinanzierung der Siedlungsentwässerung. Bezüglich der Siedlungsentwässerung stelle sich in Horw nun diese spezielle Situation dar. 30 km von rund 140 km Entwässerungskanälen gehören der Gemeinde, wobei 110 km in Privatbesitz seien. Dadurch sei der bisherige Preis von Fr. 1.10 erklärbar. Mittelfristig könne diese Situation jedoch zu einem Problem werden. Es könne nicht sicher gestellt werden, dass die Privaten ihre Kanäle regelmässig in Stand halten und durchspülen. Bereits jetzt spüle die Gemeinde diese Kanäle durch,

dort, wo sie im Entwässerungsnetz speziell von Interesse sind. Die Gemeinde habe sich zum Ziel gesetzt, in den Besitz eines grossen Teils dieser Entwässerungskanäle zu kommen und wolle hier eine aktive Rolle spielen, indem man für Private die Anreize schaffe, diese Kanäle zu sanieren. Die Gemeinde könnte dann diese Kanäle zu guten Konditionen abkaufen. Es sei zu bedenken, dass in der Gemeinde bei privaten Kanälen nach dem Perimeterverfahren vorgegangen werde, und man sich mit sämtlichen Privaten in Verbindung setzen müssen, was ziemlich aufwändig werden könne. Bei der Spezialfinanzierung Fernheizwerk habe sich heraus gestellt, dass das Fernheizwerk rund doppelt so viel produziere, wie es anfänglich berechnet worden war. Das habe eine entsprechende kürzere Betriebszeit zur Folge und mache bereits für 2006 eine Generalsanierung notwendig. Diese Mehrleistung sei zu begrüessen, führe jedoch bei den heutigen tiefen Strompreisen zu einer schlechten Wirtschaftlichkeit. Die Wirtschaftlichkeit und der Wirkungsgrad des Fernheizwerkes werden in der Budgetdebatte erneut zur Sprache kommen. Die Lehrerschaft des Oberstufenschulhauses habe mit einem Schreiben an den Gemeinderat und an die BVK mitgeteilt, dass in diesem Schulhaus im obersten Stock im Sommer in extrem heissen, und im Winter mit sehr kalten Räumen arbeiten müssen. Zusätzlich stelle die Schallisolation beim Oberstufenschulhaus ein grosses Problem dar. Da diese Probleme seit langem bestehen und grundsätzlich nicht bestritten werden, sei eine Sanierung des Oberstufenschulhauses in den Jahren 2007 bis 2011 unumgänglich. Dafür müsse abgeklärt werden, ob ein energietechnisches oder ein anderes Sanierungsprogramm ins Auge gefasst wird. Im Falle einer Sanierung der Fassade und des Daches ermögliche die Skelettbauweise eine grundsätzliche Weiternutzung. Bis jetzt stehe fest, dass in den kommenden Jahren Kosten anfallen werden für diese Sanierung des Oberstufenschulhauses, doch nachdem die Zahlen des Finanz- und Investitionsplanes für 2006 lediglich Fr. 50'000.00 für dieses Schulhauses vorsehen; dieses Geld werde für die Prüfung der Mängel investiert. Die Kommission habe beschlossen, noch vor den Sommerferien eine Begehung zu absolvieren und diese Sachen vor Ort anzusehen. Nebst dem Oberstufenschulhaus komme auch das Schulhaus Hofmatt zur Sprache. Für die BVK sei es wichtig, dass die Fensterrahmen aus Holz und nicht aus Kunststoff seien. Im Nachhinein konnte man das abklären, diese Fenster seien also in Holz/Metall so nach den Vorschriften zu erstellen. Bezüglich Sanierung und Umgebungsgestaltung Seebad in den Jahren 2006 und 2007 seien keine Investitionen im Seebad vorgesehen. Die Sanierung werde jedoch mittels Postulat von Robert Odermatt angestrebt. Die Frage werde in den Raum gestellt, weshalb die Buslinie 20 auch im Vergleich anderer Überlandlinien die Niederflurbusse wenig einsetze. Diese Niederflurbusse wären für die älteren Personen sehr wünschenswert. Es werde auch darauf hingewiesen, dass die Aufgänge zwischen Strasse und Trottoir für Radfahrende noch immer nicht ausgeglichen seien. Das sei notwendig, wenn auch die gemischte Verkehrsführung zurzeit bevorzugt werde. Es sei auch festzuhalten zum Thema Verkehr...

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann fragt, ob es sich hier nicht um Detailausführungen handle.

Erhard Kälin beschränkt sich auf die wichtigsten Ausführungen. Die Finanzierung bzw. die Sanierung des Feuerwehrgebäudes werde zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Spezialfinanzierung Siedlungsentwässerung, das Rückhaltebecken Althof sei im Plan enthalten, die Investition für das Regenbecken Zihlmatweg werde zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen. In der Allmend soll zuerst das Rückhaltebecken, anschliessend der Entlastungskanal realisiert werden. Es werde die Frage aufgeworfen, ob das Wasser aus der Nachbargemeinde Kriens, welches übernommen werde, ob Horw dann für die Kosten aufkommen müsse. Horw müsse Kosten übernehmen, doch Kriens sei bereit, einen Beitrag zu zahlen. Bei der Leitungsverlegung im Bereich Ortskern-Allmendstrasse werde eine Erklärung gewünscht, wie das dort weiter gehe. Bei der Spezialfinanzierung Alters- und Pflegeheim sei betreffend Mobilien, Betten, zu bemerken, dass diese budgetiert seien. Einzelzimmer im Altersheim sei ein grosses Problem, da diese Zimmer viel zu klein seien. Heute habe man andere Ansprüche, man müsste auch ins Altersheim investieren. Heutzutage blieben jedoch die Leute länger in den Privatwohnungen zuhause, um dann eventuell direkt ins Pflegeheim gehen zu können. Die BVK beantrage einstimmig, den vorliegenden Bericht und Antrag zur Kenntnis zu nehmen.

Peter Bucher erklärt im Namen der CVP-Fraktion, dass diese mit dem Finanz- und Investitionsplan grösstenteils einverstanden sei. Trotz dem letztjährigen Ertragsüberschuss soll man nicht in Euphorie fallen, denn immer mehr Aufgaben werden ja bekanntlich vom Bund auf den Kanton und vom Kanton auf die Gemeinden übertragen. Die wirtschaftliche Entwicklung werde leicht aufstrebend gewertet. Das Wachstum wurde am 17. Juni um 1 % eingeschätzt. Es sei den meisten klar, dass Zahlen wie Lettland, welches 13 % erwirtschaftete, nicht erbracht werden können; das Niveau sei in der Schweiz bereits zu hoch. Mehr als 1 % wäre aber wünschenswert. Die Plangrössen und Prognosen seien schwer voraussehbar. Sicher werde auf das Jahr 2008 die geplante Steuersenkung zu diskutieren geben, wenn es die finanzielle Situation überhaupt zulasse, sei der CVP-Fraktion für eine kontinuierlich wenige Steuersenkung, nicht sprunghaft hinauf und hinab. Einen Leistungsabbau wünsche man nicht. Wenn die Steuerkraft aber tatsächlich um 2 % steige, dann wäre es möglich, auch aufgrund der Neubeurteilung des Finanzausgleichs und der Finanzreform von 2008 ca. 1 Mio. bessere Erträge zu haben. Die Fraktion sehe positiv in die Zukunft und sei für Kenntnisnahme und Eintreten auf den Bericht und Antrag.

Beat Imboden erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat mit Bericht und Antrag Nr. 1309 den Finanzplan 2006 - 2011 zur Information vorgelegt hat. Der Bericht, welcher die finanziellen Tendenzen in den nächsten fünf Jahren vor Augen führen soll. Die finanzielle Entwicklung sei von vielen Faktoren und Variablen abhängig und dementsprechende Aussagen werden auch gemacht. Man könnte in Anbetracht der grossen Zahlen behaupten, dass Papier geduldig sei. Trotzdem könne das Papier Zukunftsperspektiven aufzeigen und wegleitend sein. Die Perspektiven, Entwicklungen, welche teilweise in diesem Bericht nicht allzu positiv aussehen. Viele Details wurden bereits hervor gehoben. Er erwähne den Ressourcenausgleich, hier sei man als Gemeinde in einer Ohnmachtstellung und gewissermassen abhängig vom Kanton. Man hoffe, dass dort bald etwas geändert werde, die Gemeinde Horw werde mit einem hohen Durchschnitt abgeschöpft, im Vergleich mit Meggen oder Luzern. Gewisse Mühlen mahlen jedoch langsam und es bleibe die Hoffnung, dass doch in absehbarer Zeit etwas verändert werde. Ändern am Planungsbericht könne man nichts, man könne lediglich anregen und diesen mit heutiger Lesung zur Kenntnis nehmen. Alle, die ein wenig ein Unbehagen haben, dürfen die Konsequenzen bei der Budgetdebatte ziehen, auch dort seien alle gefordert, dort könne man Veränderungen einbringen. Es wäre auch schön, in absehbarer Zeit über eine Steuerreduktion diskutieren zu können. Die FDP-Fraktion sei für Eintreten und Kenntnisnahme.

Jörg Stalder erklärt im Namen der L2O-Fraktion, dass mit dem vorliegenden Instrument Richtungen angezeigt werden, wohin unsere Gemeinde in den nächsten Jahren zu steuern gedenkt. Es sei sicher eine schöne Sache, das so anzuzeigen, es sei auch wichtig; es sei aber auch ebenso unwahrscheinlich, dass die gemachten Aussagen auch tatsächlich eintreffen. Der Finanzplan sei ein Planungsinstrument, welches Auskünfte gebe. Er sei ein ideales Instrument, mit welchem man zusammen mit dem Budget die finanzielle Beurteilung unserer Gemeinde ermöglicht werden kann. Im vorliegenden Finanz- und Investitionsplan werde eine Steuerfuss-Reduktion in Etappen erwogen; beginnend im 2007, fortführend im 2010. Die L2O staune ein wenig, da man in diesem Rat vor ein bis zwei Jahren Voten gehört habe, indem man sich möglichst stark auf die Konstanz halten wolle, der Arbeit mit einem möglichst konstanten Steuerfuss werde vorgezogen. Der L2O erscheint es auch sinnvoller, mit einem konstanten Steuerfuss zu arbeiten, da sämtliche Aufgaben, welche noch auf die Gemeinde zukommen, auch eine solide Basis brauchen. Es seien noch einige Probleme zu lösen. Der Gemeinderat möchte die Steuerfussenkung erst dann in Angriff nehmen, sofern die Steuerkraft jährlich 2 % steige, sofern die Gemeinde Horw im Rahmen der Finanzreform um 1 Mio. Franken entlastet werde und sofern die Neubeurteilung des Finanzausgleichs auch nochmals eine Entlastung von 1 Mio. Franken bringe. Die anderen Rahmenbedingungen seien Pendenzen, welche noch zu erledigen seien. Beispielsweise die Anbindung des Alters- und Pflegeheimes an das Dorf, was im Finanzplan noch nicht klar ausgewiesen sei. Die Verkehrsberuhigung Kastanienbaum müsste noch umgesetzt werden, das Flachufer im Rüteli müsste ebenfalls noch umgesetzt werden. Bei der Sanierung des Oberstufenschulhauses sowie des Seebades wisse man noch nicht genau, mit welchen Kosten zu rechnen sei. Die Investitionen ins Radwegnetz finde die Fraktion klar zu teuer, die Revitalisierung der Bäche und Seeufer sei vom Kanton abhängig, doch dort könnte die Gemeinde ruhig noch etwas mehr Initiative zeigen oder sogar ein eigenes Projekt lancieren. Anreize für bauliche und verkehrstechnische Massnahmen zur Verbesserung der Luftreinhaltung seien in sehr guter Art bereits aufgegleist worden, doch diese müssen auch weiter gezogen werden. Es seien auch die guten Richtlinien und Inventare umzusetzen. Die Einführung der Schulsozialarbeit oder weiteren Reformen im Schulbereich, damit man die Qualität halten oder sogar noch in Richtung oberer PISA-Studien ausbauen könne, seien auch zu beachten. Ferner müsse man auch den Anteil der Heimfinanzierung in nächster Zeit diskutieren. Die Summe aller dieser Aufgaben zwingt uns dazu vorsichtig zu sein, wenn man allenfalls die Steuern senken möchte. Es dürfe nicht auf Kosten der Qualität gehen. Wenn nun die Instrumente wie Steuerkraft, Entlastung des Kantons usw. eintreffen, dann würde sich die Fraktion gerne positiv überraschen lassen. Die L2O-Fraktion sei für Eintreten und Kenntnisnahme des Finanzplanes 2006 - 2011.

Robert Odermatt hält im Namen der SVP-Fraktion fest, dass er sich vor 21 Jahren inmitten der Hochzeitsvorbereitungen befand; damals war es üblich, dass man sich einen Teil der Haushalteinrichtung von Verwandten und Freunden schenken liess. Es wurde ein Wunschbüchlein erstellt, darin hatte es sehr viel Notwendiges, sehr viel Nützliches, Wünschenswertes und auch Luxus. Luxusartikel hätten teilweise in der Wohnung gar keinen Platz mehr. Der Finanz- und Investitionsplan 2006 - 2011 sei für ihn vergleichbar. Er habe sehr viel Notwendiges, Nützliches, einiges Wünschenswertes; der eine oder andere Luxus sei aber auch enthalten. Der Plan sei ein sehr nützliches Instrument, in der kommenden Budgetdebatte müsse man aber Notwendiges und Wünschenswertes auseinander nehmen. In diesem Sinne sei die SVP-Fraktion für Eintreten.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein dankt im Namen des Gemeinderates für die vielen aufbauenden und positiven Anregungen zum Bericht und Antrag, man nehme diese gerne entgegen. Im Vorfeld fanden auch interessante Gespräche statt. Der Planungsbericht als Führungsinstrument des Gemeinderates soll aber genau auch diese Diskussionen auslösen. Es sei richtig festgestellt worden, dass man über neues Zahlenmaterial verfüge, jetzt liege man mit dem Finanz- und Investitionsplan richtig. Die Zahlen der Rechnung 2004 und Budgetzahlen von 2005 dienten als Vorbereitung dazu. Auch die neue Aufmachung war aufbau-

end, man sei aber gerne bereit, in Form einer Zusammenfassung die Lesbarkeit noch zu erhöhen für die eigentlichen Leser. Das Tool sei überarbeitet worden, eventuell könnte es noch besser werden. Der Finanzsekretär dürfe bei der Entwicklung aktiv mithelfen. Beim nächsten Entwurf werde man noch bessere Zahlen vorweisen können. Der Gemeinderat wollte nicht bereits im Finanz- und Investitionsplan Wünschenswertes herausnehmen oder ergänzen, sondern man hielt sich stark an den Legislaturplan, welcher sich auf den Seiten 15 bis 21 auswirke. Man wollte in Franken quantifizieren, damit man sehe, wie die Wünsche lauten und wie sich diese auf den Plan auswirken. Auch bei der Streichung von 1 Mio. Franken wollte der Gemeinderat die Absicht zeigen, dass man Sparmassnahmen einschalten müsse, um wieder zu einer ausgeglichenen Rechnung zu kommen. Betreffend Niederflurbussen sei festzuhalten, dass nächstens der gesamte Verkehrsbezirk Luzern-Süd ausgeschrieben werde, dort dürfen die Niederflurbusse sicher eine Anforderungsprofil darstellen. Erfreulich sei der Finanzausgleich, wonach für 2006 Horw mit einer halben Million Franken entlastet werde. Der Wirkungsbericht sollte bis 2008 vorliegen, doch bereits jetzt werden Anpassungen vorgenommen. Horw trage ja auch Zentrumslasten, und nun ersehe man auch ein Entgegenkommen. In der Detailberatung werde er nach Möglichkeit probieren Antwort zu geben; er werde allenfalls auf die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates Rücksprache nehmen. Der Gemeinderat beantrage Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag Nr. 1309.

Detailberatung

Silvia Simoes-Bolliger hält bei Seite 5 im Bericht und Antrag unter "Bevölkerungsentwicklung" fest, dass der Gemeinderat richtigerweise festgehalten habe, dass die Überalterung zunehmen werde, in der Gemeinde Horw und generell in der Schweiz. In der Gemeinde Horw steige die Überalterung schneller als in den umliegenden Gemeinden, diese Eigenart hätten vor allem Seegemeinden. Es werde festgehalten, dass diese Verschiebung bestimmt finanzielle Auswirkungen zur Folge haben werde. Ihrer Auffassung nach habe hier der Gemeinderat nicht zu Ende gedacht, denn beispielsweise Seite 16 ersehe man, dass die Spitex ab 2008 lediglich Fr. 100'000.00 mehr zur Verfügung habe, obwohl schon lange bekannt sei, dass der Finanzausgleich der Spitex keinen Ertrag mehr bringen werde vom Bundesamt für Sozialversicherungen. Das heisse, dass die Gemeinden einspringen müssten, da es eine Gemeindeaufgabe sei. Im Moment verfüge die Spitex Horw über Fr. 270'000.00 an Bundessubventionen. Entweder müsste man das via Gemeinde abgelten oder dass genau dort ein Leistungsabbau vorgenommen werden müsste, wo die Leistung dringend notwendig sei.

Roger Jenni regt bei Seite 9 im Bericht und Antrag "Spezialfinanzierung Siedlungsentwässerung" seitens der BVK bereits jetzt an, sich jenes Szenario vorzustellen, wie sich das mit der Siedlungsentwässerung weiterentwickle. Vom gesamten Leitungsnetz von 140 km befinden sich deren 30 km im Besitze der Gemeinde. Wenn die Bestrebungen dahin gehen, mehr von diesem Netz in den Besitz der Gemeinde zu überführen, rege er an, sich heute bereits darüber grundlegende Gedanken zu machen. Wenn man nun Leitungen übernehme oder Sanierungen durchführt, müsste das ohne langwierigen Verwaltungsaufwand über die Bühne gehen. Man müsse genau feststellen, wem die Leitungen gehören, und wie die Privateigentümer dazu angehalten werden können, die Leitungen instand zu stellen, noch bevor sie von der Gemeinde übernommen werden. Ansonsten sei man dannzumal mit einem Preis bald sehr teuer, da die Gebühren dann in der Spezialfinanzierung berechnet werden müssen. Eine solche Rechnung würde dann nicht aufgehen.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein dankt für die Anregung, welche die derzeitigen Bestrebungen bereits unterstützen. Der Rat werde dann mit einem separaten Bericht und Antrag bedient.

Thomas Zemp verweist auf Seite 13 des Dokumentes "Auszug aus dem Finanzplantool IBR", Formular 1, auf einige sich eingeschlichene Fehler. Bei Position 406 werde die Hundesteuer irrtümlicherweise verzehnfacht, das sei nicht so. Statt einer halben Million wären es weiterhin rund Fr. 38'000.00. Ferner sei bei Position 405 ein Fehler, diese seien mit Fr. 800'000.00 relativ hoch ausgefallen.

Beatrice Buholzer-Stierli verweist auf Seite 16, Formular 3, bei der Position "Verkehr", dass in Bezug auf die Radstreifen und Fussgängerwege, dass beim Kreisel Steinibach eine katastrophale Situation herrsche. Radfahrende hätten Schwierigkeiten mit Fahren, auch Rollstuhlgängige hätten Probleme. Velofahrende würden teilweise auf dem Kreisel fahren, was wiederum behindernd für die Autofahrenden sei. Beim Kreisel der Migros sei auch eine unzureichende Situation. Die Velofahrenden wolle man ja nicht auf der Strasse, sondern auf den Radwegen. Sie bitte den Gemeinderat, diese unzureichende Situation baldmöglichst zu beheben.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi verweist auf die grosse Anzahl Velofahrende im Rat selber. Sie spüre diese Schläge auch, mehrmals wurde das Problem beim Kanton deponiert, da man dessen Strassen nicht einfach "schleifen" könne. Der Kanton habe aber im Moment das Problem, dass das Projekt quasi beendet sei und nur noch wenige Arbeitende vorhanden seien. Deshalb werde nicht mehr so schnell vorwärts gear-

beitet. Sie werde jedoch das Problem nochmals entgegen nehmen und versuchen, so schnell als möglich beim Kanton etwas zu erwirken.

Jörg Stalder spricht bei Seite 17, Formular 3, die Position "Umwelt und Raumordnung" an. Es werde von "Revitalisierung von Bächen und Seeufern fördern" gesprochen. Die enthaltenen Fr. 10'000.00 wurden mit Gemeinderätin Manuela Bernasconi bereits besprochen, er frage an, wann der Kanton wieder über Geld verfüge, um das Thema weiter zu bearbeiten. Oder müsse man das Projekt allenfalls vergessen? Ferner möchte er wissen, wie der Anstieg im 2008 bei der Position "Die erarbeiteten Grundlagen, Konzepte und Inventare als Richtlinien aktualisieren und umsetzen" zustande kam, ob dort etwas geplant sei und man gedanke, mit diesen Inventaren und Konzepten umzugehen.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass beim Angriff von Wasserbauprojekten stets mit dem Kanton zusammen gearbeitet werde. Man verfüge über ein Bachkonzept, welches klar aufzeige, wo und in welchem Rahmen Handlungsbedarf bestehe, doch man könne dann die Initiative ergreifen, wenn beispielsweise eine Strasse erstellt würde, wo man einen Bach öffnen könnte. In dem Falle würde man auf den Kanton zugehen, aber auch dort sei es stets ein Kampf, denn der Kanton sei auch am Sparen. Es werde sehr genau geprüft, was nötig sei, und in Horw mit den Projekten Dorfbach, Ortskern und weiteren ziemlich viel Geld bereits ausgegeben worden ist. Es vermute, dass im Moment wahrscheinlich in Horw nicht allzu viel in diesem Bereich realisiert werde. Die Dammabsenkung, was eine sehr gute Sache sei, wurde schnell realisiert. Der Gemeinderat sei darauf angewiesen, dass der Kanton mitmache, ansonsten würden die Projekte für die Gemeinde viel zu teuer. Bezüglich Konzepte und Inventare werde im 2008 eines vermutlich mehr Kosten verursachen; im Moment wisse sie nicht genau welches das sei. Man werde sehen, dass diese nicht in der "Schublade" liegen bleiben. Wie sie umgesetzt werden, sei noch nicht ganz klar.

Jörg Stalder macht beliebt, diese Konzepte und Inventare im Internet aufzunehmen.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi sieht diesem Vorhaben positiv entgegen. Die Gemeindeganzlei werde sich darum kümmern, dass möglichst viele dieser Konzepte und Inventare auf der Homepage erscheinen.

Thomas Zemp hält bei Seite 20, Formular 4, fest, dass bei jenen Bereichen, wo man Investitionseinnahmen habe, beispielsweise beim Abwasser und Wasser, die Investitionseinnahmen vergessen wurden. Sie werden wohl hinten bei der Spezialfinanzierung ausgewiesen. Die ca. 2 bis 4 Mio. Franken müssten integriert werden, damit man auch die Nettoinvestitionen betrachten könne, nicht lediglich die Bruttoinvestitionen.

Thomas Zemp verweist bei Seite 22, Formular 5, auf gewisse Fehler. Man erwähnte nicht sämtliche, doch die relevanten seien sicher jene mit der Hundesteuer, was eine halbe Million Franken ausmachen, jene bezüglich Erbschaftssteuer, Fr. 300'000.00, das wirke sich mit ca. 2 bis 2,5 Mio. Franken auf das Ergebnis aus. Diese Zahlen seien mit Vorsicht zu geniessen, allenfalls könnte man mit 2 oder 3 Mio. Franken im Aufwandüberschuss sein, was durch erhöhte Einnahmen eventuell wieder verbessert werden könnte. Die Rechnung der Gemeinde bewege sich im Aufwand-/Ertragsüberschuss im Bereiche von Plus/Minus 2 Mio. Franken, das sei nicht bewegend, doch es sei schwierig, sich auf diese Zahlen zu verlassen. Das Budget 2006 werde dann die genaueren Zahlen liefern.

Thomas Zemp hält zusammenfassend bei den Spezialfinanzierungen und speziell bei Seite 24 "Spezialfinanzierung Feuerwehr", Formular 8, fest, dass dort beim Budget 2005 zuunterst den laufenden Ertrag vergessen habe, deshalb habe man ein Defizit von Fr. 471'000.00, in Tat und Wahrheit sei es, wie auch in den Folgejahren, in etwa ausgeglichen. Das selbe Problem sei auch bei der "Spezialfinanzierung Fernheizwerk" passiert, wo man den Aufwand vergessen hat und deshalb einen Überschuss von Fr. 366'000.00 hat. Auch dort wäre es eher eine ausgeglichene Rechnung, wie auch die Folgejahre zeigen.

Abstimmung

Der Finanz und Investitionsplan 206 - 2011 wird mit 27 : 0 Stimmen zur Kenntnis genommen..

Traktandum 3

Interpellation Nr. 251/2004 Silvia Simoes-Bolliger, CVP, und Mitunterzeichnende: Teilrevision Gemeindeordnung - Schaffung einer ständigen einwohnerrätlichen Sozial- und Gesundheitskommission

"Text der Motion"

Silvia Simoes-Bolliger erläutert ihre Motion. Bisher wurden den Sozial- und Gesundheitsaufgaben unserer Gemeinde, da sie in der Rechnung der Bürgergemeinde separat ausgewiesen waren, ein besonderes Augenmerk gegeben und den Aufgaben besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Neu erhalten man ein konsolidiertes Budget und eine konsolidierte Rechnung, die Sozial- und Gesundheitsaufgaben verschwinden in der Gesamtrechnung der Gemeinde. Mit ihrer Motion rege sie an, dass eine ständige Sozial- und Gesundheitskommission vom Einwohnerrat her geschaffen würde, damit man auch weiterhin die Sozial- und Gesundheitsaufgaben separat betrachten könne und vor allem auch zur Beratung Leute von aussen her beiziehen könne. Sie möchte damit verhindern, dass ein Leistungsabbau stattfindet, weil man die Zusammenhänge der einzelnen Aufgaben nicht mehr sehe. Da eine Revision der Gemeindeordnung nur wegen der Schaffung einer solchen Kommission unverhältnismässig wäre, rege sie an, dass die bei der nächsten Teilrevision und im Hinblick auf Globalbudgets getätigt würde.

Sozialvorsteher Oskar Mathis teilt namens des Gemeinderates die Stossrichtung der Motionärin, und möchte auch in Zukunft im Sozial- und Gesundheitswesen sicher kein Leistungsabbau vornehmen. Er wolle dem Gesundheits- und Sozialwesen weiterhin das notwendige Gewicht geben und für die Vernetzung des Sozialen im gesamten Gemeinwesen besorgt sein. Man möchte jedoch diese Forderung in Form eines Postulates entgegen nehmen, damit man die hilfreiche Umsetzung innerhalb eines breit angelegten Verfahrens dieser Gemeindeordnungsrevision angeschaut werden kann. Das gebe dem Gemeinderat die Möglichkeit, dieses Anliegen in einer Gesamtschau aufzunehmen und dann könne das ganze Anliegen im Zusammenhang einer Gesamtschau mit den einzelnen einwohnerrätlichen und gemeinderätlichen Kommissionen betrachtet werden. Damit verbaue man sich keinen Handlungsspielraum und habe die Möglichkeit, das Anliegen aufzunehmen. In diesem Sinne bitte der Gemeinderat, dieses Anliegen in ein Postulat umzuwandeln und in dieser Form wäre der Gemeinderat bereit, den Vorstoss entgegen zu nehmen.

Silvia Simoes-Bolliger hält an der Motion fest. Es gehöre ja in den Bereich des Einwohnerrates, dass man die Gemeindeordnung revidiert, bzw. dass letztlich das Stimmvolk darüber befände. Mit der Motion drücke man aus, dass der Einwohnerrat diese Kommission haben wolle, weil man dem Gesundheits- und Sozialbereich ein besonderes Augenmerk schenken wolle. Bei einem Postulat "könne" der Gemeinderat, wenn er wolle, so "könne" er, wenn nicht wolle, dann "müsse" er nicht. Man möchte das als Verpflichtung geben, also als Motion. Man verbaue sich dadurch auch nichts, da die Gemeindeordnung wiederum im Einwohnerrat beraten werde, allenfalls könne man sich dannzumal wieder äussern. Sie bitte, den Vorstoss als Motion zu überweisen.

Sozialvorsteher Oskar Mathis erhielt damit das Argument geliefert, den Vorstoss auch als Postulat zu überweisen. Der Einwohnerrat habe letztlich die Möglichkeit, das Thema nochmals zu bearbeiten. Der Gemeinderat möchte das Anliegen im Sinne einer Prüfung entgegen nehmen, es sei auch üblich, dass bei einer solch grossen Revision ein breit abstütztes Prüfungsverfahren durchführe. Alle Parteien können dann bei der Vorbereitung der Gemeindeordnungsrevision mitarbeiten und das in der gesamten Breite der einwohnerrätlichen und gemeinderätlichen Kommissionen betrachten. Er bitte den Rat, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Hans-Ruedi Jung erklärt, dass es, ob Motion oder Postulat, inhaltlich um das selbe gehe. Aber es gehe auch um das Formale, es betreffe ein Geschäft, welches unmittelbar den Einwohnerrat angehe. Wenn der Motion zugestimmt werde, möchte der Einwohnerrat das Anliegen eingeführt haben, weil es ihn direkt betreffe, nämlich eine Kommission des Einwohnerrates. Das sei nicht das selbe, wenn der Gemeinderat darüber befände, ob allenfalls irgend eine Kommission eingesetzt werden soll. Sondern es sei das, was der Einwohnerrat wolle. Auch nach der Überweisung als Motion könne der Gemeinderat prüfen. Wenn aber ein Postulat überweisen werde, könne der Gemeinderat irgend einmal kommen, dass er nun die Kommission nicht wolle, aber er könnte auch kommen und sagen, dass das Anliegen geprüft wurde, und man zum Schluss kam, das Thema nicht vorzulegen. Dann müsse man das Thema im Rat wieder einbringen mit der Forderung, dass man die Kommission wolle. Wenn der Einwohnerrat jetzt festhalte, dass er das wolle, dann sei der Gemeinderat immer noch frei, in einer ausführlichen Begründung mitzuteilen, weshalb er die Sozial- und Gesundheitskommission nicht wolle. Er bitte im Interesse der sauberen Gewaltentrennung, dass man diese Motion, welche tatsächlich ein Geschäft des Einwohnerrates betrifft, als Motion überweise und nicht als Postulat, wo der Gemeinderat lediglich prüfen könne und dann mit Vorschlägen kommen könne.

Heinz Sigrist verweist auf das Geschäftsreglement des Einwohnerrates, Art. 69 Abs. 5, wonach bei einer Überweisung als Motion der Gemeinderat noch die Auswirkungen auf den Finanzhaushalt abschätzen müsste. Er frage den Gemeinderat, welche Gedanken er sich darüber gemacht habe.

Sozialvorsteher Oskar Mathis hat sich namens des Gemeinderates noch keine Gedanken darüber gemacht. Es werde sich im Rahmen von Kommissionsgeldern bewegen, welche dann anfallen. Letztlich sei es schwierig, eine Kostenschätzung vorzunehmen, da man nicht wisse, in welchem Ausmass sich die Kommission bewege.

Silvia Simoes-Bolliger hilft nach. Man könne sich an die Entschädigung der GPK anlehnen, es betreffen ca. Fr. 5'000.00 pro Jahr an Sitzungsgeldern. Andere Zahlen seien kaum zu erwarten.

Roger Jenni bittet den zuständigen Gemeinderat um eine ausführlichere Erklärung, was der Vorteil eines Postulates gegenüber einer Motion sei. Es sei ihm nicht nachvollziehbar, wo der Vorteil liege, das würde ihm die Entscheidung leichter machen.

Sozialvorsteher Oskar Mathis denkt, dass er die notwendigen Ausführungen getätigt habe. Es gehe um die Einschätzung, welchen Handlungsspielraum man beim Postulat habe. Der Gemeinderat schätze den Handlungsspielraum bei einem Postulat grösser als bei einer Motion ein, das wäre dann eine fixe Vorgabe, welche in der Gemeindeordnung übernommen werden müsste. Es stimme auch, dass man letztlich wiederum im Rat diskutieren könne, ob man das so umsetzen wolle oder nicht.

Alwin Larcher hält fest, dass grundsätzlich der Apparat, beinhaltend die Verwaltung sowie die einwohnerrätlichen und die gemeinderätlichen Kommissionen nicht noch vergrössert werden sollten. Die Motionärin habe richtig festgestellt, dass eine solche Kommission nicht viel koste. Tatsache sei, dass es - gemessen an der Leistung - in der Gemeinde wohl kaum etwas so Günstiges gebe wie die gemeinderätlichen und einwohner-rätlichen Kommissionen. Unter den gemeinderätlichen Kommissionen habe man sicherlich eine, welchen nicht eine derart grosse Bedeutung habe, welche man aufheben könnte und diese durch eine einwohnerrätliche Sozialkommission ersetzen könnte. Er spreche hier die Sozial- und Heimkommission an, welche man sehr wahrscheinlich etwas aufbauen könnte, indem man ihr einen etwas anderen Aufgabekreis gäbe oder wenn man sie quasi zur einwohnerrätlichen Kommission befördern würde. Die SVP sei auch der Meinung, dass für diesen Vorstoss die Motion das richtige sei, die SVP sei sicher für die Motion.

Thomas Zemp erklärt, dass der Gemeinderat bei der Überweisung eines Postulates etwas machen könne oder auch nicht. Bei der Überweisung als Motion sei es klar bindend, dass der Gemeinderat einen Bericht und Antrag innert nützlicher Frist vorlegen müsse und der Einwohnerrat dann diskutieren könne, ob er das entsprechende Anliegen wolle oder nicht. Bei grösseren Sachen wie bei der Gemeindeordnung setze man zuerst eine gemeinderätliche Kommission ein, welche zusammen mit dem Gemeinderat einen Vorschlag erarbeite, alsdann setze man eine einwohnerrätliche Kommission ein, welche das diskutiere und anschliessend werde das Thema im Rat mit zwei Lesungen behandelt. Die Frage laute, ob man den Gemeinderat verpflichten wolle, dass er dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag vorlege, über den man diskutieren könne, oder will man lediglich, dass der Gemeinderat das Anliegen prüfe. Bei einer Prüfung könne er zum Schluss kommen und sagen, man habe es geprüft und finde es nicht sinnvoll. Dann könne man wieder von vorne beginnen und doch eine Motion einreichen. Aus diesem Grunde habe er auch bei der St. Niklausenstrasse eine Motion eingereicht, damit der Gemeinderat "müsse". Wenn der Einwohnerrat heute zur Erkenntnis gelangt, dass er eine solche Kommission wolle, dann müsse man eine Motion machen, dann liege der Bericht und Antrag innert nützlicher Frist auf dem Tisch. Dann könnte man es immer noch ablehnen.

Hans-Ruedi Jung erinnert daran, dass gemäss Motionärin eine Teilrevision stattfinden soll. Sie verlange aber nicht, dass diese sofort erfolgen soll, sondern im Rahmen einer normalen Teilrevision, welche aufgrund des Gemeindegesetzes sowieso in den nächsten Jahren erfolgen müsse, weil man dort ja Vorgaben des Kantons habe, welche umgesetzt werden müssen. Zweitens wolle sich der Gemeinderat den Spielraum wahren, indem er das Anliegen als Postulat überwiesen haben möchte. Er frage sich dann, wo dann der Spielraum des Parlamentes sei, wenn man schon die Möglichkeit habe, gemäss Gemeindeordnung und eigener Geschäftsordnung eine Motion einzureichen, in einem Bereich, welcher in die Zuständigkeit des Einwohnerrates falle. Weshalb soll sich der Einwohnerrat seinen Spielraum einengen lassen? Er fordere die Ratsmitglieder auf, den Spielraum auszunutzen und den Vorstoss als Motion zu überweisen.

Jörg Stalder hat noch andere Gesichtspunkte. Er frage, ob der Rat eine Sozial- und Gesundheitskommission wolle und ob das unverrückbar miteinander verknüpft sei. Andernfalls könnte man das Anliegen mit der Überarbeitung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen prüfen. Wenn man das Thema nun mittels Motion überweise, müsse innert einem Jahr ein Bericht und Antrag vorliegen. Das gebe Verfahrensprobleme. Aus diesem Grunde verstehe er die Argumentation des Gemeinderates, dass er mehr Freiheit habe, das infolge des Postulates zum richtigen Zeitpunkt zu bringen. Er könnte sich bereit erklären, den Vorstoss - welcher er als gut empfinde - als Postulat zu überweisen. Der Gemeinderat könnte das Thema dann spätestens mit der Revision der Gemeindeordnung vorlegen.

Silvia Simoes-Bolliger untermauert, dass in vielen Bereichen Soziales und Gesundheitliches ineinander laufen. Man müsse es gesamthaft betrachten, man könne im Sozialbereich etwas ausbauen, was dann im Gesundheitsbereich weniger gebraucht werde, oder umgekehrt. Man müsse das als Gesamtes betrachten, deshalb Sozial- und Gesundheitskommission. Wenn der Gemeinderat die Motion nicht innert 12 Monaten erledige, könne er im Verzeichnis der unerledigten Geschäfte begründen, weshalb er das nicht erledigt habe.

Sie betone, dass das Anliegen bei der nächsten Revision behandelt werden müsse. Nur wegen diesem Thema brauche es nicht extra eine Revision, reglementskonform könne man begründen, weshalb die Motion nicht innert 12 Monaten erledigt werden könne. Auch wenn es zwei- oder dreimal bei den unerledigten Geschäften erscheint, dann gehe es sicher nicht vergessen.

Abstimmung

Motion Nr. 251/2004 "Teilrevision Gemeindeordnung - Schaffung einer ständigen einwohnerärztlichen Sozial- und Gesundheitskommission" als Motion überweisen.	18 Stimmen
Motion Nr. 251/2004 "Teilrevision Gemeindeordnung - Schaffung einer ständigen einwohnerärztlichen Sozial- und Gesundheitskommission" als Postulat überweisen.	6 Stimmen

Die Motion Nr. 251/2004 "Teilrevision Gemeindeordnung - Schaffung einer ständigen einwohnerärztlichen Sozial- und Gesundheitskommission" wird somit als Motion überwiesen.

Traktandum 4 Fragestunde

Traktandum 5 Dringliche Interpellation Nr. 520/2005 Pia Christen-Martino, CVP: Zukunft des Sternenmätteli

"Text der Dringlichen Interpellation"

Pia Christen-Martino erläutert ihren dringlichen Vorstoss. Das Wichtigste könne der Rat aus dem Text der Dringlichen Interpellation entnehmen. Folgendes möchte sie dazu aber noch sagen: Dass die Gemeinde Horw das Sternenmätteli erwerben konnte und nicht Private freue nicht nur sie ausserordentlich. Dass der ehemalige Besitzer Adolf Rast gleichzeitig jedoch an drei Anwohner des Sternenmätteli ein Servitut verkauft habe, trübe aber diese Freude doch massiv. Vor allem weil die Servitutseigentümer die Absicht hätten, eine Genossenschaft zu gründen welche vorsehe, das Sternenmätteli einzufrieden und mit einer zeitgesteuerten Verriegelung und einem bedienbaren Schliesssystem auszustatten. Wenn sie sich vorstelle, dass allenfalls lediglich Leute, welche Anteilscheine erworben hätten, das eingefriedete Sternenmätteli benutzen können, könne sie lediglich noch den Kopf schütteln. Öffentliche Plätze mit Zugang zum See seien sehr rar und werden aus diesem Grund ausserordentlich geschätzt, das nicht nur von der Horwer Bevölkerung. Die wunderschöne Lage des Sternenmätteli und des Sternengärtli mit direktem Seeanstoss sei weit über die Horwer Grenze hinaus bekannt und mache Horw unter anderem zu einer sehr attraktiven und begehrenswerten Gemeinde am See. Der Stellenwert einer solchen Oase wie das Sternenmätteli gewinne stets mehr an Bedeutung und Wichtigkeit. Was wäre es für einen Verlust, wenn eine allfällige Genossenschaft, gegründet von den Servitutseigentümern, eine Schliessung verursachen könnte. Nicht jeder Mensch befinde sich in der bevorzugten Lage, in der Nähe eines Sees wohnen zu dürfen. Das sei für sie und viele andere Grund genug, sich mit allen Mitteln für den Erhalt, für den öffentlichen Nutzen des Sternenmätteli einzusetzen.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein hält fest, dass der Gemeinderat nicht seit kurzem daran sei, Verhandlungen zu führen; es bestehe ja ein Auftrag im Gemeinderat, nach Möglichkeiten Grundstücke mit Seeanstoss zu erwerben. Deshalb sei auch die Diskussion um dieses Grundstück entbrannt. Es sei dazumal im Bereich der Umwelt gewesen, und deshalb sei das Thema beim Baudepartement angesiedelt gewesen. Inzwischen konnte die Gemeinde das Grundstück kaufen und da es eine Liegenschaft der Gemeinde sei, sei es in sein Departement gekommen, deshalb auch bei ihm als Geschäft. Ferner erwähne er, dass der Gemeinderat mit den vorher erwähnten, interessierten Personen bereits mehrere Sitzungen hatte und das Ziel sei, dass gegenseitig eine gute Zusammenarbeit herrsche. Erfahrungswerte wolle man im Sommer 2005 sammeln und sicherlich ernsthafte Auswertungen wolle man im Herbst 2005 machen. Drittens, und das bringe er gerne an die Presse, sei es keine Geheimnis und wenn es eines wäre, könnte er das heute lüften, könne er zu den von der Interpellantin gestellten Fragen eine Antwort liefern. Punkt 1: Auf dem erworbenen Grundstück sei ein Nutzungs- und Immissionsverbot, welches folgendermassen begrenzt sei: "Zwischen 21.00 Uhr und 07.00 Uhr des Folgetages". Punkt 2: Auch der Gemeinderat habe ein Interesse, dieses einzuhalten, er sei auch mit einem Servitut gebunden und könne keine Nebengleise fahren. Punkt 3: Nach seinem Wissen sei es zurzeit nicht beabsichtigt, eine Genossenschaft zu gründen. Punkt 4: Es stehe jeder Person oder Personengruppe frei, eine Genossenschaft zu gründen und auch Anteilscheine zu verschenken oder zu verkaufen. Punkt 5: Auch hier könne er nicht konkret Antwort geben, das sei abhängig vom Sinn und Zweck einer Genossenschaft, welche Aktiven und Bestimmungen sie habe. So könne man

hypothetisch nicht daraus schliessen, wie das Vorgehen sei. Punkt 6: Auch der Gemeinderat habe ein grosses Interesse, dass an diesen Grundstücken am See, nicht lediglich das Sternenmätteli oder das Sternengärtli, sondern auch an andern wie Winkel und Rüteli eine geregelte Sache herrsche. Im Sternenmätteli habe man nun eine Einfriedung gesetzt mit einer Verdrahtung, damit die Leute nicht durchkommen. Man werde nun schauen, wie sich das bewähre, während dieser Sommertage. Der nächste Schritt sei eine Benutzerordnung, so wie es mit den Interessierten auch besprochen wurde, welche klar vorgebe, wie man das Verhalten der Besuchenden des Sternenmättelis wünsche. Punkt 7: Der Gemeinderat sei der Überzeugung, dass diese Liegenschaften öffentlich zugänglich sein sollen und wenn man nun für diese Parzelle ein Servitut habe, dann müsse man das auch einhalten.

Pia Christen-Martino beantragt Diskussion.

Diesem Vorhaben wird nicht opponiert.

Pia Christen-Martino möchte nochmals auf die Genossenschaft eingehen. Vorerst besten Dank für diese - wohl sehr kurze - Information, nicht so transparent das, was sie sich erhofft hätte. Aber es sei zumindest eine Information. Sie mache den Rat darauf aufmerksam, dass sie gestern Abend spät diesbezügliche Akten einer dort wohnenden Person erhalten habe, nämlich den Vertrag für eine Genossenschaft mit der Gemeinde, und das erstaunte sie sehr. Sie frage nun den Gemeinderat an, ob er nun diesen Deal eingehen würde und sich an dieser Genossenschaft beteiligen würde. Oder würde er - wenn er sich allenfalls nicht daran beteiligte - es akzeptieren, unter Berücksichtigung von Treu und Glauben, das Thema mit den Servitutseigentümern näher zu erörtern, dass man zumindest sagen würde, dass eine solche Genossenschaft keine gute Idee sei.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein unterstreicht, dass der Gemeinderat entschieden und dies auch den interessierten Personen mitgeteilt habe, dass er kein Interesse habe, in dieser Genossenschaft - falls sie gegründet würde - beizutreten in irgendwelcher Form.

Roger Jenni beeindruckt den Lernprozess des Gemeinderates. Dannzumal habe der Gemeinderat dem Besitzer Adolf Rast Fr. 6'000.00 angeboten für dieses Stück Land, welches weit unterbewertet war. Jetzt habe er einen Betrag in der Grössenordnung von Fr. 80'000.00 bezahlt, das sei sicherlich ein Lernprozess. Der Gemeinderat kam nämlich zur Einsicht, wieviel dieses Land eigentlich Wert habe; diese Einsicht sei zu begrüssen. Ein Grundstück entwerte sich je nach dem mit Servituten wiederum, das sei vorliegend der Fall. Ihm sei zugetragen worden, dass der Gemeinderat von Horw tatsächlich einen Vertrag unterschrieben habe, welcher vorschreibe, dass rundherum ein Zaun erstellt werden müsse - kein Hag, sondern ein Zaun - sowie eine verschliessbare Türe. Normalerweise werde das via Notar und Grundbuch gemacht. Er frage sich, was der Gemeinderat bewogen habe, so etwas zu unterzeichnen. Dieses private Eigentum sei früher öffentlich zugänglich gewesen; wenn es heute nun öffentlich sei, dann könne es so weit kommen, das es privat nicht mehr zugänglich sein werde. Wenn das eintrete, dann verletze man manche Seele, welche den guten Glauben an den Gemeinderat habe. Der Gemeinderat müsse sich - unter Berücksichtigung der Anliegen der Anwohner - energisch dafür einsetzen, dass man nicht sehr viele Personen in dieser Gemeinde enttäuschen werde.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein legt klar dar, dass einerseits ein Servitut auf dem Grundstück laste, beteiligt daran seien drei Personen. Im Kaufvertrag zwischen Verkäufer und Gemeinde habe man gewisse Regelungen festgehalten, das sei richtig. Man dürfe das Ganze aber nicht allzu stark vermischen, denn es sei dann vielfach die Diskussionen einer möglichen Genossenschaft gewesen. Man probierte, einen Konsens zu finden. Man sprache von einer Einfriedung von 1,5 Metern Höhe. Konstruktive Diskussionen wurden geführt und man konnte feststellen, das 1,5 Meter nicht zulässig seien. Dass aber die Anwohnenden eine gewisse Ruhe wünschen, das musste der Gemeinderat auch verstehen. Man müsse nun nach Lösungen suchen und der Gemeinderat hoffe, dass man mit einer Benützungs- oder Hausordnung sehr weit komme und die Situation entschärfen könne.

Roger Jenni hält klar fest, dass dieser Vertrag vom Gemeinderat in Anwesenheit eines Notars unterzeichnet wurde. Das könne er nicht nachvollziehen. Es könne auch nicht sein, dass rundherum eine Einfriedung von 1,5 Meter sei mit einer abschliessbaren Türe. Es sei nicht nachvollziehbar, dass bei einem Vertrag, an welchen man sich verbindlich halten müsse, ein solches Verhalten an den Tag gelegt werde. So wie er verstehe, möchte man nun im Nachhinein Verhandlungen aufnehmen was dannzumal notariell vereinbart worden ist. Er verstehe nicht, wie man dazu komme, zuerst etwas zu unterschreiben, bevor man verhandelt hat. Zuerst werde verhandelt, dann unterzeichnet. Doch der Gemeinderat unterzeichnete zuerst, dann verhandelte er. Der Verkäufer habe mit dem Gemeinderat vereinbart, dass man am Schluss noch auf den Goodwill von ihm angewiesen sei, beispielsweise betreffend Lebhag oder Zaun. Es könne nicht sein - da man die Interessen vorher wusste - dass man nun auf den Goodwill des Verkäufers angewiesen sei; wie stark der Grundeigentümer auf seinem Recht beharre, wie er mit dem Gemeinderat vereinbart hat. Er finde das schade.

Pia Christen-Martino verfügt die selben Informationen wie Roger Jenni. Es werde von einer Einfriedung von 1,5 bis 1,6 Metern gesprochen, was eine Bedingung der Servitutseigentümern war. Das könne nicht Sache sein. Auch bei den geplanten Toren, welche von den Servitutseigentümern gewünscht werden, müsse sich der Gemeinderat mit allen Mitteln dafür einsetzen, eine gute Lösung zu finden. Da nun der Vertrag bereits unterzeichnet sei, wisse sie auch nicht, wie man nun eine gute Lösung finden könne. Die allfällige Opposition der Servitutseigentümer würde sie auch noch interessieren. Deshalb vermutlich auch die sehr spärliche Auskunft des Gemeinderates, sie hätte auch interessiert, welche vertraglichen Lösungen man noch vorhabe. Was unterzeichnet sei sei nun unterzeichnet, und sie hoffe, dass dies nicht zu einem Kampf ausarte. Wenn ja, dann sei sie für den Sieg des Sternenmätteli und der Öffentlichkeit. Es soll einladend sein, denn es repräsentiere auch ein Stück die Gemeinde Horw. Solche Plätze seien rar, das Ganze sei sehr verworren und man wisse nicht, was im Blickwinkel dieser Servitutseigentümer noch alles anstehen werde. Sie frage sich, weshalb Adolf Rast das so gemacht habe, weshalb hat er das nicht vollumfänglich der Gemeinde Horw verkauft?

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein weist darauf hin, dass ein solcher Abschluss letztlich auch eine Verhandlungssache sei. Der Gemeinderat habe sehr hohes Interesse daran, diesen Seeanstoss zu erwerben; der Verkäufer sei dann halt eventuell am längeren Hebel, sei es mit Bedingungen oder mit dem Preis. Man musste einen Kompromiss eingehen, man könne sicher nochmals darüber diskutieren, und er sei auch froh wenn man wisse, dass man die Unterstützung aus dem Volk habe, welches sage "aber so nicht!". Irgend einmal müsse man nochmals über die Bücher gehen. Servitut und Kaufvertrag seien zwei verschiedene Sachen; was der Verkäufer mit den Servitutsinhabern vereinbart habe, das wisse der Gemeinderat nicht, lediglich, dass ein Benutzungs- und Immissionsverbot zwischen 21.00 Uhr und 07.00 Uhr herrsche. Welche weiteren Abmachungen getroffen wurden, das wisse man nicht, sondern man habe konkrete Verhandlungen mit Herrn Rast gehabt und das Grundstück so erworben.

Beatrice Buholzer-Stierli fragt, weshalb das nun so gekommen sei. Man habe das Rüteli und verschiedene andere öffentliche Plätze. Es sei schlimm, wie diese teilweise aussähen. An einem Wochenende sei es eine Katastrophe, wie es im Rüteli teilweise aussehe. Nicht alle Benutzenden seien so, doch die wenigen, welche sich nicht an Ruhe und Ordnung halten, geben dann dieses objektive Bild ab. Auch Anwohnende im Bereich Sternenmätteli möchten diesen Radau und Lärm fern halten. Horw verfüge über sehr grossen öffentlichen Anstoss am See, nur wenige andere Gemeinden hätten das. Die Bevölkerung sei aufzurufen, das zu tragen. Der Platz sei so zu verlassen, wie man ihn gerne erwarten würde. Es könne nicht sein, dass die Gemeinde die grossen Aufräumarbeiten vornehme. Dieser Aspekt sei sehr wichtig.

Thomas Zemp hält fest, dass ein anständiger Bürger Anspruch auf Nachtruhe ab 22.00 habe. Es sei tragisch, dass die Anwohner im Bereich Sternen sich diese Nachtruhe über ein Servitut erkaufen müssen, das sei eine falsche Situation. Das ganze Thema aufrollend halte er fest, dass das Stück Land über Jahre hinweg öffentlich zugänglich war, weshalb über Jahre hinweg bemängelt wurde, da man Nachtruhe wünschte. Der Gemeinderat brachte es nicht fertig, mit welchen Mitteln auch immer, diese Nachtruhe sicher zu stellen. Nun kostet das die Gemeinde Fr. 80'000.00, um das Problem zu lösen. Wenn das Problem rechtzeitig gelöst hätte werden könne, hätte man die Fr. 80'000.00 sparen können. Dann wäre das Stück Land immer noch im Eigentum von Herrn Rast und auch öffentlich begehbar. Das Problem, welches bisher nicht gelöst werden konnte, müsse nun jetzt gelöst werden. Wenn das nicht möglich ist, werde die Einfriedung erstellt und das Grundstück abgeschlossen. Er rate dringend, ein anständiges Nutzungsreglement zu erstellen, analog beim Krämerstein. Das Sternenmätteli soll ab 22.00 Uhr geschlossen und um 07.00 Uhr wieder werden. Andernorts gehe das auch, beispielsweise bei der Liegenschaft beim EAWAG, welche der Eidgenossenschaft gehöre. Es werde Durchsetzungsvermögen gefordert, ansonsten seien die Fr. 80'000.00 unnötig ausgegeben worden. Wenn man das Ganze rechtzeitig aufgegleist hätte, hätte man sich die Fr. 80'000.00 sowieso sparen können.

Roger Jenni weist darauf hin, dass der Gemeinderat sich im Vorfeld zur Ausgangslage dieser Verhandlungen überlegt haben, was der Gemeinderat Herrn Rast vorgeschlagen hätte, wenn andere Massnahmen zu treffen gewesen wären, welche dieser nicht akzeptiert hätte. Man dürfe jetzt einfach nicht kommen mit der Mitteilung, dass man gar keine andere Massnahmen überlegt habe, und dass es nun die letzte Konsequenz gewesen sei, dass dieser Vertrag nun unterschrieben worden sei. Es gebe doch auch noch Alternativen, welche die Bedürfnisse, welche heute seitens der Servitutseigentümer eingehandelt wurden, abgedeckt hätten. Er frage konkret an, ob sich der Gemeinderat im Vorfeld der Verhandlungen Gedanken über Alternativen gemacht habe oder ob man das einfach als Vorschlag von Herrn Rast entgegen genommen hat. Erst im Nachhinein merke man nun, dass es doch nicht so gut sei.

Rudolf Meier hat ein sehr grosses Unbehagen. Rechtlich gesehen bewege man sich in einem Gebiet, wo man allenfalls eines Tages im grösseren Stil schadenersatzpflichtig würde. Das Nichteinhalten eines Servituts bedeute für den Grundeigentümer, dass er haftbar und rechtlich schadenersatzpflichtig sei. Wenn in der

Nacht ab 22.00 Uhr junge Leute, welche im See badeten, sich in das Sternenmätteli begeben und sich dort breit machen und Lärm erzeugen, sei der Grundeigentümer haftbar, weil sich das ausserhalb der vereinbarten Zeit abspiele. Wie geht der Gemeinderat damit um? Ferner könne der Kaufvertrag aufgelöst werden, wenn ein Servitut nicht eingehalten wird, inklusive Schadenersatzpflicht. Diese Summe könne man heute noch gar nicht definieren. Er verlange, dass das vorher sauber abgeklärt werde, nicht dass man noch mit Unannehmlichkeiten zu rechnen habe.

Pia Christen-Martino bestätigt, dass Sauberkeit und Lärm ein Problem im Sternenmätteli seien, sie möchte nichts beschönigen. Aber sie halte fest, dass das am See überall so sei. Es gebe eine Sogwirkung und es sei schon fast normal, dass sich die Leute dort aufhalten, zumal es in diesen Tagen bis fast 22.00 Uhr sonntag bzw. hell sei. Man könne die Leute nicht einfach um 21.00 Uhr weg schicken. Ganz wichtig sei auch - und sie gehöre auch zum erweiterten Kreis der Anwohnenden - dass man sich ganz fest damit auseinandersetzen müsse, dass man dort in einem sehr sensiblen Gebiet wohne. Ganz in der Nähe sei ein Hotel, und die Parkplatzsituation beispielsweise sei auch ein Problem. Gewisses müsse man für diese Lage in Kauf nehmen. Der Lärm müsse ein Stück weit in Kauf genommen werden. Sicher gebe es Einschränkungen und man müsse auch regeln, wie man Verbesserungen erzielen könne. Alles tolerieren müsse man sicher auch nicht. Zum Votum von Thomas Zemp ergänze sie, dass es nicht so sei, dass die Gemeinde das Stück Land gekauft habe, um in Sachen Sauberkeit und Lärm etwas zu verbessern. Sie denke, dass der Vertrag per Ende Jahr 2004 ausgelaufen sei und Herr Rast sich überlegte, was zu tätigen sei. Man machte sich dann Überlegungen, wie man das Problem lösen könnte. Äpfel und Birnen dürften nicht miteinander vermischt werden.

Heiri Niederberger teilt die Befürchtungen von Rudolf Meier. Man erhalte den Eindruck, dass vor allem der ehemalige Grundeigentümer und der Gemeinderat am Geschäft beteiligt seien. Aber es seien noch viele andere daran beteiligt, quasi als Mitspieler. Irgend einmal müsse man sich fragen, wie tolerant man eigentlich sei und wie stark man auf dem Recht pochen wolle. Mit einer Einfriedung von 1,5 oder 1,6 Metern könne man keinen Immissionsschutz gewährleisten. Nicht einmal 5 Meter würden dazu reichen. Er sei auf der Halbinsel geboren worden und jetzt wieder dort zuhause; Nachtruhe um 22.00 Uhr, das könne man schlicht vergessen. Noch um 23.00 Uhr - vorab an Wochenenden - erzeugen Besuchende oder Schiff fahrende auf dem See grossen Lärm. Er appelliere daran zu beobachten, was nun im Sommer tatsächlich geschieht und er appelliere gleichzeitig an die Toleranz. Es gebe Mitspieler, welche wahrscheinlich auf einem Recht beharren könnten, ein Recht, welches geographisch ein sehr kleines Schlachtfeld darstelle. Diese grosse Schlacht, die man nun anzuzetteln gedenke, könne nicht gewonnen werden. Über das Sternengärtli werde hier nicht einmal gesprochen. Es sei immer möglich, am See Lärm zu erzeugen, deshalb sei auch der Kauf eines Servituts fragwürdig.

Thomas Zemp widerspricht Pia Christen-Martino, dass in diesem Gebiet seit jeher ein Problem bezüglich Lärmbelästigung bestehe, und weil man dieses nicht lösen konnte, habe Herr Rast den Vertrag gekündigt. Der Vertrag sei nicht ausgelaufen, sondern er sei gekündigt worden. Nun müsse man immer noch das selbe Problem lösen, lediglich gehöre das Grundstück nunmehr der Gemeinde und sei belastet mit Servituten. Zusätzlich habe es noch Fr. 80'000.00 gekostet.

Hans-Ruedi Jung stellt einen Ordnungsantrag. Er stelle den Antrag auf Abbruch der Diskussion, es gebe keine neuen Erkenntnisse, es sei lediglich ein Hin und Her, man mutmasse, ob es so oder anders sei. Er bitte den Rat, die Diskussion abubrechen, den die nächsten Erkenntnisse werde man während der Sommertage erhalten, allenfalls auch über die weiteren Verhandlungen der Servitutseigentümern mit der Gemeinde. Nach einem Jahr werde man dann sehen, ob sich das bewährt oder nicht bewährt habe. Dann könne man wieder haufenweise Vorstösse einreichen, was zu ändern wäre. Dannzumal werden wir wissen, was wirklich nicht funktioniere.

Abstimmung

Ordnungsantrag Hans-Ruedi Jung um Abbruch der Diskussion annehmen.	28 Stimmen
Ordnungsantrag Hans-Ruedi Jung um Abbruch der Diskussion ablehnen.	0 Stimmen

Der Ordnungsantrag von Hans-Ruedi Jung um Abbruch der Diskussion wird somit angenommen. Dies Diskussion bei diesem Traktandum wird abgebrochen.

Pia Christen-Martino unterstützt den Ordnungsantrag um Abbruch der Sitzung ebenfalls. Zum letzten Votum von Thomas Zemp weise sie darauf hin, dass er sehr genau sei und sie vielleicht nicht so präzise, doch die Problematik sei gegeben und man habe jetzt des langen und breiten darüber diskutiert. Es sei nun beim Gemeinderat deponiert und sie hoffe, dass es für einen grossen Teil der Bevölkerung eine gute Lösung geben werde.

Traktandum 6

Postulat Nr. 547/2005 Hans-Ruedi Jung, CVP: Wiedereinführung Schnellzugshalte in Horw

"Text des Postulates"

Hans-Ruedi Jung erläutert seinen Vorstoss. Im letzten Dezember sei mit grossem Trara der neue Fahrplan eingeführt worden, bald wurde auch lauthals von einem grossen Erfolg gesprochen; es seien keine Pannen zu verzeichnen gewesen und die Leistungen seien auch ausgebaut worden, deshalb dürfe man auch die Abopreise erhöhen. Inzwischen sei - spätestens seit gestern Abend - eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Diese Ernüchterung betreffe aber vor allem in gewissen Gemeinden das Angebot der Bahn. Dieses Angebot sei nicht nur stagniert, sondern es sei zum Teil massiv eingeschränkt worden. In Horw sei man speziell mit den Schnellzugshalten davon betroffen. Seit dem Fahrplanwechsel gebe es zur Minute 59 Zeit kein Schnellzug mehr, welcher in Horw halte, man werde auf dene Fall um Minute 40 herum einer dieser Züge zu erwischen versuchen, oder um Minuten 10 oder 15, wenn man in die Stadt fahre. Was zur Folge habe, das Anschlüsse in die Ostschweiz oder nach Zürich nicht mehr reibungslos ablaufen, man müsse in Luzern länger warten. Auch vermehrte Züge nützen lediglich wenig, wenn diese kurz hinter einander abfahren. Das sei kein Leistungsangebot. Es sei tatsächlich ein Leistungsabbau in Horw, das sei umso bitterer, als dass man in Horw Doppelspur habe, teilweise mit massiven Einschränkungen gegenüber den Grundeigentümern, welche entlang der Bahnlinie seien, und man weigerte sich auch noch, Lärmschutzmassnahmen zu ergreifen mit der Begründung, es gäbe ruhigere Züge. Diese fahren nun jetzt, obwohl sie auf den Fahrplanwechsel versprochen worden waren. Einige Personen- oder Güterzüge fahren noch mit dem alten Rollmaterial, was den selben Lärm wie vorher verursache. Die Züge müssten vermehrt - mindestens 90 % - leiser fahren. Auch in diesem Bereich finde eine Einschränkung in unserer Gemeinde statt. Es gäbe noch weitere Beispiele aufzuzählen. Er frage sich, welche Gemeinde von 12'000 Einwohnern sich von einer Bahn derart umfahren lassen müsse. Er wiederhole es gerne, aber er sei sich nicht sicher, ob sich die Bahn im Klaren sei, dass sie für die Leute fahre, oder ob sei denke, die Leute stünden dort, damit die Bahn fahren dürfe. Die Bahn fahre, damit die Leute mit fahren können, sie müsse sich an den Kunden, nicht an ihren betrieblichen Bedürfnissen orientieren. Er erwähnte bereits im Vorstoss, dass Kaiserstuhl und Alpnach Dorf vom Schnellzug bedient würden, aber Horw nicht. Die gute Busverbindung von Horw könnte man nun ins Feld führen, das sei zweifelsohne so, doch das hätten andere Gemeinden ebenfalls, und dennoch Schnellzugshalte. Im Kanton Zürich oder in der Agglomeration sei das Angebot viel besser. Kleinere Dörfer würden bedient mit dem Schnellzug, doch in Horw sei das offensichtlich nicht möglich. Deshalb habe er das Postulat eingerichtet, er habe vorab von Zürich-Pendlern gute Reaktionen darauf erhalten, es sei wirklich ein Problem. Er bitte den Gemeinderat, mit Nachdruck bei der Zentralbahn vorstellig zu werden, dass das wenn immer möglich auf den nächsten Fahrplanwechsel geändert werde. Es gehe lediglich um 2 bis 3 Minuten Halt, wo der Zug halten müsste, und man hätte ein viel besseres Angebot. Man dürfe sich von der Zentralbahn nicht abspesen lassen, denn das sei gewöhnlich die Strategie. Zuerst sage man, es gehe nicht und führe viele Gründe an, später gehe es dann doch. Die Nidwaldner hätten ganz kurzfristig gewisse Fahrplanänderungen zustande gebracht, dann müsste das in Horw auch möglich sein. Er bitte den Gemeinderat, die Gemeinde als 12'000-Einwohner-Gemeinde kompetent zu vertreten - und nicht eines Anhängsels der Stadt Luzern - und dann sei er der Meinung, dass auch etwas erreicht werden könne.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein unterstützt namens des Gemeinderates dieses Postulat vollumfänglich. Bereits habe man die Zentralbahn im Februar 2005 mit dieser Problematik konfrontiert, und das Antwortschreiben der Zentralbahn könne auch nicht befriedigen, vor allem der Schlusssatz "... der Fahrplan hat neben Gewinnern auch Verlierer gebracht, leider.". Das sei entscheidend und nicht kundenfreundlich. Man musste vermehrt Reklamationen und Anfragen entgegen nehmen. Der Gemeinderat werde ein weiteres Schreiben aufsetzen und das an die Zentralbahn senden, mit den erwähnten Begründungen und mit dem Hinweis, dass man Horw in die Fahrplangestaltung 2006 involviere.

Das Postulat Nr. 547/2005 "Wiedereinführung Schnellzugshalte in Horw" wird somit entgegen genommen.

Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.

Traktandum 7

Postulat Nr. 548/2005 Reto Deschwanden, CVP, und Mitunterzeichnender: Militärunterkunft Hofmatt

"Text des Postulates"

Reto Deschwanden erläutert sein Postulat. Das Militär habe die Unterkunft Hofmatt per Ende Jahr gekündigt, das konnte man dem Info's des Gemeinderates entnehmen. Die Unterkunft sei ca. 300 m2 gross und

verfüge über zwei Etagen, unten seien Betten, Duschen und WC, oben befinde sich ein Aufenthaltsraum plus Küche. Vor der Kündigung verfügte die Unterkunft über 120 Betten und vom Militär wurde sie für ca. zwei Wiederholungskurse genutzt, ca. 8 Wochen. Heute seien dort lediglich noch 66 Betten, das führe daher, weil das Schulhaus Hofmatt Platzprobleme gehabt habe, und man aus gewissen Schlafräumen Bastelräume machte. Heute werde die Unterkunft lediglich noch von Privaten oder Vereinen genutzt, allenfalls von Schulklassen, das im Umfang von ca. 8 Wochen. Es könne nicht sein, dass eine solch gute Unterkunft lediglich 8 Wochen genutzt werde, wenn ein Jahr über 52 Wochen verfüge. Er finde die Idee gute, dort wenigstens einen Werkraum zu realisieren, so werden wenigstens diese paar Schlafräume sehr effizient genutzt. Ihm sei aus verschiedenen Vereinen bekannt, dass in Horw Raumnot bestehe. Es gäbe Vereine, welche beispielsweise Räume für Sitzungen benötigen oder Guggenmusigen, welche Werkräume für das Basteln ihrer Masken benötigen. Somit könne er es nicht begreifen, dass diese Räumlichkeiten während 44 Wochen pro Jahr leer stehen. Auch die Jugendlichen in Horw versuchen vergeblich Räume, für Proben oder lediglich als Aufenthaltsräume. Eine Umfrage vom Büro für Jugendfragen habe ergeben, dass sechs verschiedene Gruppierungen in Horw Räume suchen. Sie müssen dann meistens nach Kriens oder Luzern ausweichen. Die Unterkunft sei in einem sehr guten Zustand, die Küche und Betten seien neu. Eventuell müsste man etwas mehr Werbung machen, denn am Standort Horw könne es ja nicht liegen. Er ersuche den Gemeinderat, das Postulat entgegen zu nehmen und ein Konzept zu entwickeln, um diese Räume effizient und geschickt zu nutzen.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein ist auch hier namens des Gemeinderates bereit, das Postulat entgegen zu nehmen, er sehe die selbe Stossrichtung. Man vermute, dass es auch eine Marketingsache sei, die Attraktivität dieser Unterkunft, welche wirklich hervorragend sei. Im Jahre 2006 habe man bereits Reservationen für das bevorstehende Musikfest. Man sehe, dass diese gute Ausgangslage publik gemacht werden müsse, denn die Infrastruktur sei dort sehr gut. Es sei in Zukunft ein grösserer Ertrag einzufahren.

Das Postulat Nr. 548/2005 "Militärunterkunft Hofmatt" wird somit entgegen genommen.

Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.

Traktandum 8

Postulat Nr. 549/2005 Brigitte Germann-Arnold, L20, und Mitunterzeichnender: Schutz und Nutzung am Westufer der Horwer Bucht

"Text des Postulates"

Brigitte Germann-Arnold erläutert ihr Postulat, unterstützt von einer Power-Point-Präsentation. Am liebsten hätte sie die Präsentation gleich vor Ort durchgeführt; da dies zuviel Zeit benötige, setze sie auf die Technik. Es gehe um die Horwer Bucht West. Das Widenbachtal sei in der Verkehrsführung bald fertig, der Rad- und Gehweg werde gebaut. Die Eisenbahn fahre bereits im Tunnel, sie sei fast 900 m im Tunnel, oben habe man die Kantonsstrasse und die Autobahn. Die Geleise seien bereits weg, man sei daran, eine neue Kofferrung für den Wanderweg zu erstellen. Durch die neue Situation sei ein Seeufer, welches bis anhin nicht zugänglich war, nun neu öffentlich zugänglich, man komme also zu mehr öffentlich zugänglichem Seeufer. Den landschaftlichen Wert zeige sie in einem entsprechenden Bild. Die gelbe Teichrose, welche vor 20 Jahren noch an 6 Orten am See gefunden wurde, finde man heute nur noch an ganz versteckten Orten, beispielsweise im Alpnachersee im Ried. Dort seien sie jedoch nicht zugänglich, da es ein Schutzgebiet sei. Aber hier am Westufer sehe man die gelben Teichrosen ebenfalls. Dichte Bestände der gemeinen Seebirse, auch ein seltenes Ausmass im Vierwaldstättersee, seien ebenfalls in diesem Gebiet anzutreffen. Zwischen den Binsen und Teichrosen sehe man auch kleine Fische, Jungfische, welche dort ihre Habitate hätten. Es sei ein wertvolles Flachufergebiet. Andere Pflanzen seien natürlich auch vorhanden. Die gelbe Schwertlilie sei geschützt, im Gegensatz zur Teichrose, welche sich auch dort befinde. Auch der Bahndamm weise verschiedene Pflänzchen auf. Auch die Zauneidechse finde dort ihren Lebensraum. Wie regle man nun eine Nutzung: Beispielsweise durch den Zonenplan, heute sei dieses Gebiet Widenbachtal im übrigen Gemeindegebiet eingeteilt. Da müsse man eine andere Lösung finden und man müsse sich überlegen, ob man - wie beim Steinbachried - in den See hinaus eine Zone machen wolle, im Sinne eines Schutzgebietes, abgetrennt mit Bojen. Wie gross das werden soll, das soll noch mit dem Postulat geprüft werden. Es gebe verschiedene Ansätze. Die Problematik sei bekannt, denn die öffentlichen Seeufer seien beliebt. Wenn man es lediglich öffentlich lasse und nichts unternahme, wäre das der Untergang für diese wertvolle Flachwasserzone, am gegenüber liegenden Ufer des Sternenmätteli. Es brauche auch eine gewisse Art von Verboten wie die Wanderwege nicht verlassen, die Hunde nicht frei laufen lassen und mehr. Damit hätten auch die Wasservögel ihre Rückzugsmöglichkeiten und können ungestört ihren Brutgeschäften nachgehen. Ebenfalls sollte man im Schutzgebiet nicht baden und auch nicht angeln. Zudem müsse man die Abfallbehälter benutzen. Nur Gebote oder Verbote und Tafeln auf stellen, das sei sicherlich nicht die Lösung. Es gebe andere Massnahmen, was noch zu machen wäre. Eine erste Information habe bereits statt gefunden, als die En-

nethorwer Bevölkerung vom Kanton und vom Gemeinderat eingeladen worden ist, um im Vorfeld informiert wurde. Das sei sehr gut. Massnahmen, wie das Naturschutzgebiet ausscheiden oder eben einheimische Pflanzen pflegen. Sicherlich sei auch die Besucherlenkung mittels Infotafeln wichtig, wo man sich dann aufhalten dürfe. Die Besucherlenkung sei auch weiterhin notwendig im äusseren Bericht. Sicherlich wolle man keine Parkplätze realisieren, um den Naherholungstourismus zwischen Horw und Hergiswil noch zu fördern. Man stelle sich vor, mit der Sand und Kies zu verhandeln, dass diese an den Wochenenden den Weg frei geben, um einen schönen Weg vom Steinibachried in das Westufer-Gebiet realisieren zu können. Sie hoffe, dass das zustande komme. Ein Anliegen der L2O sei ganz klar eine naturverträgliche Nutzung. Der kommenden Generation möchte man dieses Bild weiter geben und nicht, dass sie lediglich im künstlichen Schilf einer Expo flanieren können.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi dankt im Namen des Gemeinderates für die kurze Exkursion ans Westufer der Horwer Bucht. Die ganze Präsentation fand im Rahmen einer Diplomarbeit statt, bei der sich die PostulantIn sehr stark für das Westufer einsetzte. Es sei ein sehr wertvoller Naturraum, welcher in Zukunft auch erschlossen werde. Es soll so sein, dass eine naturverträgliche Nutzung ins Auge gefasst werde. Einerseits müsse man die wunderschönen Natureinheiten, welche dort noch vorhanden seien, erhalten, andererseits müsse man der Bevölkerung den Zugang auf diesen wunderbaren Erholungswegen zugänglich machen. Deshalb sei der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegen zu nehmen und zu prüfen. Seit längerem sei man in Verhandlungen mit dem Kanton, das sei ein Teil der Umweltauflagen des Kantons im gesamten Bauprojekt A2/6, dass in diesem Gebiet eine Aufwertung stattfinden müsse, vor allem auch beim Widenbachdelta und beim Bahndamm. Deshalb sei man früh beim Kanton eingebunden gewesen, weil die Gemeinde ein Nutzungs- und Pflegevertrag mit dem Kanton abgeschlossen habe. Man dürfe das Gebiet nutzen, müsse es aber auch pflegen. Das sei kein kleiner Aufwand, welcher aber auch sehr naturnah gestaltet werden müsse. Bereits habe man schon einiges zusammen mit dem Kanton in die Wege geleitet, und man werde das Thema weiterhin sehr ernst nehmen. Während der Bauphase schaue man mittels Schutzzäunen, dass die Naturräume nicht beschädigt werden. Die Kontrolle erfolge durch die Umweltschutzstelle. Der Gemeinderat sei bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Jan Holecek verlangt Diskussion.

Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.

Jan Holecek macht darauf aufmerksam, dass die Anwohner im Bereich Rämisiweg/Hinterbach auch ein Problem - analog des Sternenmätteli - hätten. Wie man wisse, sei im Gebiet früher ein Badeplatz für die Anwohner gewesen, dieser sei im Bereich der jetzigen Ökobrücke gelegen. Das sei genau in jenem Teil, wo jetzt eine Naturschutzzone realisiert werden soll. Servitute könne man nicht einfach löschen, die Anwohner Rämisiweg/Hinterbach hätten dort ein Baderecht gehabt, die andern hätten Seezugangsrecht gehabt. Durch die Bauarbeiten infolge A2 sei dieser Badeplatz einfach überbaut worden und existiere nicht. Die Anwohner seien an den Kanton und Bund heran getreten und hätten auch geschrieben, aber ohne jegliche Stellungnahme seitens des Bundes. Es könne doch nicht sein, dass eine Ökobrücke realisiert werde, wo die Tiere vom Wald zum See marschieren können, aber die Anwohner nicht einmal mehr baden können. Er habe dazumal, als man die Kommission über die Überdachung der A2 gehabt habe, mit alt Gemeindeamann Robert Sigrüst über dieses Thema diskutiert, und dessen Antwort war, wenn man den Anwohnenden einen Badeplatz erlaube, dann könne man den Bootshafen gänzlich vergessen. Das heisse, dann mache man lieber einen Bootshafen für die paar Privilegierten, aber der Badeplatz für die Anwohner und Ennethorw könne man nicht realisieren. Er wisse, dass die Gemeinde Horw ein Landabtausch im Bereich der Liegenschaft "Seerose" gemacht, dieser Platz wäre wirklich als Realersatz geeignet für Ennethorw. Doch dort stosse man auf taube Ohren, denn alles sei in die Wege geleitet, dass dort ein Bootshafen zu stehen kommen soll. Niemand spreche über das, doch es sei alles vorbereitet. Sämtliche Leitungen seien vorbereitet, Parkplätze würden erstellt. Jeder Bauherr müsse eine grosse Anzahl Pläne einreichen, aber dort werde einfach im Hintergrund ein Bootshafen realisiert. Er wäre schon für einen Bootshafen und hätte auch gerne ein Segelschiff, aber wenn dort schon ein Servitut bestehe, dann müsse man die Anwohner dort auch richtig ernst nehmen. Man könne nicht einfach alle zum Bund schieben, und dieser schiebe es dann wieder zur Gemeinde zurück. Hier stecke man einfach den Kopf in den Sand und wolle nichts wissen. Bevor man so etwas in Planung nehme, müsse man auch dieses Problem lösen. Das Problem sei, dass die Gemeinde dort einen Platz habe. Ansonsten könne man sagen, dass die Anwohner, welche dort ein Servitut hätten, erhalten auch einen Bootsplatz. Das werde man dann auch nicht wollen. Alt Gemeindeamann Robert Sigrüst sagte auch, dass der Parkplatz, welcher dort eingezeichnet sei, einmal realisiert sei, dieser dann ausgeschrieben werde. Nun sei er bereits gekoffert, aber ausgeschrieben worden sei er noch nicht. Er frage, ob man hier eine Beschwerde machen soll.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi ist der Auffassung, dass vorliegend über das Postulat gesprochen werde, welches klare Fragen beinhalte und auch entgegen genommen werde. Jan Holecek habe nun während ca. fünf Minuten vier Themen aufgegriffen, und wenn sie nun über sämtliche Themen Auskunft gebe, wisse

sie nicht, ob das hier der richtige Platz dafür sei. Sie könne zu allem etwas sagen, doch das gehe sehr lange. Vorliegend gehe es um das Postulat von Brigitte Germann-Arnold; das Votum von Jan Holecek habe an und für sich nichts damit zu tun.

Heinz Sigrüst hält fest, dass die Ausführungen zum Postulat sehr informativ gewesen seien. Er wäre der letzte, welcher gegen die Natur wäre. Es sei für ihn aber schwer nachvollziehbar, wie das Ganze dann umgesetzt werde. Man könne das Gebiet nicht schützen, obwohl Bojen einen recht guten Schutz geben, aber vom Land her könne man nicht einfach eine Einfriedung erstellen. Das Widenbachtal sei auch dazu gemacht worden, damit die Tiere auch ins Wasser gelangen können. Es sei auch eine Zone, welche nicht sehr stark überwacht werde, das Gebiet werde auch nicht bewohnt. Noch mehr Badende werde es geben genau in jenem Gebiet, wo man diese nicht wünsche. Sofern man beim Sternenmätteli eine Einfriedung erstelle, werde das eine Verlagerung in andere Gebiete geben. Man könne das Gebiet gar nicht in dieser Masse schützen, wie es von der Postulantin gewünscht würde. Das Ganze sei etwas eine Utopie, es müsse auch überwacht werden können. Ferner frage er sich, ob ein Bootshafen, in welcher Grösse auch immer, überhaupt dort Platz habe oder nicht.

Hans-Ruedi Jung teilt teilweise die Ansicht von Gemeinderätin Manuela Bernasconi. Man könne nicht sämtliche Aspekte des von Jan Holecek angesprochenen Badeplatzes abhandeln. Doch wenn das Postulat nun behandelt werde und konkrete Massnahmen aufgelistet werden, welche überprüft werden sollen, dann dürfe man die Servitute, sofern sie auch tatsächlich bestehen, diese wohl erworbenen Rechte dürfe man nicht einfach übergehen. Das gehöre natürlich auch in den selben Zusammenhang, weil dort offensichtlich Rechte vorhanden gewesen, und diese könne man nicht einfach unter den Tisch wischen, auch wenn man das Postulat entgegen nehme, zu dem er grosse Sympathien habe. Man müsse aber Alternativen aufzeigen. Mindestens müsse man erwähnen, dass man das Thema mit prüfe, damit Ersatz geschaffen werden könne. Das müsse man noch vor der Überweisung des Postulates wissen.

Jörg Stalder wollte einen Ordnungsantrag stellen. Die allfällige Beantwortung der von Jan Holecek aufgeworfenen Fragen würde den Rahmen der heutigen Sitzung sprengen. Die Fragen seien wohl berechtigt, doch man müsse diese separat traktandieren. Zum Votum von Heinz Sigrüst entgegne er, dass der Schutz im Steinibachried ebenfalls funktioniere. Es sei absolut durchführbar, Brigitte Germann-Arnold habe das gut dargelegt. Man wolle den Schutz, man wolle aber auch die Badeplätze umnutzen. Dort die richtige Mischung zu finden, das komme dem Gedanken des Postulates sehr nahe.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi hält zuhanden dem Votum von Jan Holecek fest, dass der Kanton als Grundeigentümer sich im Moment mit diesen Servituten befasse. Sie sei in Kontakt mit dem Liegenschaftsverwalter des Kantons, welcher das bearbeite. Selbstverständlich werde das Thema nicht einfach unter den Tisch gewischt. Die Prüfung werde dann das weitere zeigen.

Alwin Larcher weist darauf hin, dass das Postulat der L2O im richtigen Zeitpunkt komme. Wenn er mit seinen Besuchern über das verschmutzte Sternenmätteli zum Westufer hinüber sehe, dann sage fast jeder, dass dazumal dort am Westufer der richtige Krawall im selben Stile weiter gehe. Deshalb begrüsse er persönlich dieses Postulat; wenn jetzt nichts unternommen werde, und er betone, dass wirksame Massnahmen gefordert seien - ohne Einfriedung werde es nicht gehen -, dann wäre es falsch. Es sei richtig und die SVP finde das sehr verdienstvoll, dass jetzt im richtigen Zeitpunkt die Initiative ergriffen werde.

Heiri Schwegler hält fest, dass bei den Servituten das Enteignungsverfahren beim Bund laufe. Irgend einmal werde man von dieser Seite Bescheid erhalten. Es sei nicht Sache des Gemeinderates, dort in das laufende Verfahren einzugreifen.

Jan Holecek widerspricht, dass sein Anliegen mit dem Postulat nichts zu tun habe. Die Servitute seien genau in diesem Bereich, und solange das noch nicht behandelt sei, könne man auch dieses Postulat nicht behandeln. Ferner sage er bezüglich Parkplatz - Brigitte Germann-Arnold habe ja angesprochen, dass in diesem Bereiche keine Parkplätze erstellt werden sollen - gesehen habe, dass bereits Koffermaterial angeführt wurde. Das hätte ausgeschrieben werden müssen. Jene Pläne für die Parkplätze, welche damals existiert hätten, seien im Zusammenhang mit dem Bootshafen gewesen, mit der Umzonung, und das sei vom Volk abgelehnt worden. Das heisst, es bestehen keine bewilligten Pläne. Sobald man dort Parkplätze erstellen wolle, müsse man diese auch richtig ausschreiben, dann hätten die Anwohner auch die Möglichkeit, sich dazu zu äussern.

Jörg Stalder stellt den Ordnungsantrag um Abbruch der Diskussion, da dies nichts mit der Materie des Postulates zu tun habe.

Abstimmung

Ordnungsantrag Jörg Stalder um Abbruch der Diskussion annehmen.	19 Stimmen
Ordnungsantrag Jörg Stalder um Abbruch der Diskussion ablehnen.	1 Stimme

Der Ordnungsantrag von Jörg Stalder um Abbruch der Diskussion wird somit angenommen. Dies Diskussion bei diesem Traktandum wird abgebrochen.

Das Postulat Nr. 549/2005 "Schutz und Nutzung am Westufer der Horwer Bucht" wird somit entgegen genommen.

Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.

Traktandum 9

Ersatzwahl eines Mitglieds für die Bau- und Verkehrskommission

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann erwähnt, dass infolge Ausscheidens von Niklaus Bucher aus dem Rat und damit verbunden auch aus der BVK für ihn ein Ersatz gefunden werden müsse. Sie bitte um Wahlvorschläge.

Hans-Ruedi Jung schlägt namens der CVP-Fraktion Reto Deschwanden als Nachfolger von Niklaus Bucher in der BVK als Mitglied für diese Kommission vor.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Hans-Ruedi Jung würdigt das Schaffen von Niklaus Bucher im Einwohnerrat. Niklaus Bucher sei heute das letzte Mal im Rat anwesend. Er dürfe sagen, dass die Fraktion und er als Fraktionschef das Ausscheiden ausserordentlich bedauern. Aus unter anderem gesundheitlichen Gründen könne Niklaus Bucher nicht mehr im Einwohnerrat mitarbeiten. Die Fraktion habe ihn als sehr konstruktives Mitglied kennen gelernt. Niklaus Bucher sei nicht jemand, der polarisiere oder andere schlecht mache, sondern ihm ging es stets um die Sache, das versuchte er, in den Vordergrund zu stellen. Niklaus Bucher sei nunmehr 14 Jahre im Einwohnerrat und damit das amtsälteste Einwohnerratsmitglied, und zwar mit Abstand. Er war stets ein stiller und bescheidener Schaffer gewesen. Sein Person habe er nicht in den Vordergrund gestellt und mache auch nicht viel Aufhebens davon. Er sei ein langjähriges Mitglied der BVK gewesen und habe dort diskret, aber bestimmt seinen Einfluss geltend gemacht. Er erinnere daran, dass Niklaus Bucher es nicht akzeptieren konnte, wenn über die Anliegen von Behinderten hinweg gegangen wurde, er setzte sich stets auch für Umwelanliegen und eine sinnvolle energetische Nutzung ein. Auch als Fachmann in Verkehrs- und Infrastrukturfragen zeichnete er sich aus. Man verliere mit ihm eine Person, welche sehr grosse Kompetenzen habe und eine grosse Erfahrung im Rat. An ein ganz bestimmtes Verdienst von Niklaus Bucher möchte er speziell erinnern: Jene, welche schon lange hier im Rat seien, erinnern sich daran, dass es um das Projekt Neubau und Erweiterung Pflegeheim Kirchfeld Horw ging. Ursprünglich war vorgesehen, die eine und einzige Lösung, welche durch das Architekturbüro, welches die gesamte Planung und Vorabklärungen für den Neubau des Pflegeheimes erledigte, dass jene Studie umgesetzt worden wäre und so übernommen und gebaut würde. Er erinnere sich daran, dass Niklaus Bucher mit Vehemenz festgehalten habe, dass es nicht sein könne, dass lediglich ein Vorschlag auf dem Tisch liege und dieser dann realisiert werde, das bei einem Projekt im Umfang von 18 Mio. Franken. Da müssten mehr Ideen her, das sei noch nicht das Optimum. Er habe gegen den Widerstand des damaligen Sozialvorstehers, das dürfe er heute so sagen, denn im Nachhinein war dieser sehr froh, dass Niklaus Bucher intervenierte, und anderer Personen auch habe er in der BVK durchgebracht und auch im Einwohnerrat eine Mehrheit gefunden, dass ein Wettbewerb gestaltet werde. Man sollte mehrere Architektenteams aufmarschieren lassen und deren Vorschläge prüfen. Jene, welche dann als Favoriten gesetzt wurden, kamen mit anderen ins End-Ausscheidungsverfahren, konnten Verbesserungsvorschläge machen und hatten ihr Projekt dann verschlechtert, während die andern ihr Projekt verbessert hätten. Der Fall war dann klar, und so kam man zum heutigen Pflegeheim. Er denke, dass Niklaus Bucher bei diesem Anliegen einer der Väter der besseren Idee gewesen war. Er möchte Niklaus Bucher im Namen der Fraktion, aber auch im Namen des Einwohnerrates, für seinen langjährigen Einsatz zugunsten unserer Gemeinde danken. Es sei nicht selbstverständlich, dass jemand während 14 Jahren seine Freizeit her gebe, Donnerstag für Donnerstag, an allen Fraktionsabenden und Kommissionssitzungen präsent sei, das praktisch ohne Absenzen, und er denke, dass dies ein ganz spezieller Dank würdig sei. Er überreiche Niklaus Bucher namens der Fraktion ein Präsent. Es sei dies ein Gutschein für den Einkauf in einer speziellen Horwer Metzgerei sowie Bier für eine Abkühlung.

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

- Ausgeteilte Wahlzettel	28
- Eingegangene Wahlzettel	28
- Ungültige Wahlzettel	0
- Leere Wahlzettel	1
- Gültige Wahlzettel	27
- Absolutes Mehr	14

Stimmen hat erhalten und ist somit gewählt:

Als Mitglied in die Bau- und Verkehrskommission (BVK):

Deschwanden Reto 27 Stimmen (Mitglied)

Traktandum 10

Konstituierung des Rates für die Amtsperiode 2005/2006:

- a) Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates
 - b) Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates
 - c) Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretung
 - d) Wahl von zwei Stimmezählerinnen oder -zählern des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretungen
-

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann erwähnt, dass traditionsgemäss zuerst der Ratspräsident oder die Ratspräsidentin gewählt werde. Sie bitte um Wahlvorschläge.

a) Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates

Roger Jenni schlägt im Namen der FDP-Fraktion Heinz Sigrist als Ratspräsident für die Amtsperiode 2005/2006 vor. Er waltete bis anhin bei der FDP-Fraktion als Fraktionschef und habe diese Arbeit gut gemacht. Man sei überzeugt, dass Heinz Sigrist das Präsidentenamt in dieser Art und Weise weiter führen werde, dann werde der ganze Rat von Heinz Sigrist's angenehmer Art in den Genuss kommen. Er empfehle Heinz Sigrist zur Wahl.

Weitere Wahlvorschläge erfolgen nicht.

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

- Ausgeteilte Wahlzettel	28
- Eingegangene Wahlzettel	28
- Ungültige Wahlzettel	0
- Leere Wahlzettel	1
- Gültige Wahlzettel	27
- Absolutes Mehr	14

Heinz Sigrist erhält 27 Stimmen und ist somit als Einwohnerratspräsident für das Amtsjahr 2005/2006 gewählt.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann gratuliert Heinz Sigrist für das sehr gute Wahlergebnis und erteilt ihm das Wort.

Heinz Sigrist erklärt, dass ihn das Resultat ein wenig überrasche, aber er sei sehr erfreut und geehrt, ein solch hohes Amt ausführen zu dürfen. Er freue sich sehr darauf, das Amt auszuüben. Er danke herzlich für das Vertrauen und er sei überzeugt, dass der Rat im nächsten Amtsjahr ein gutes, ein konstruktives Jahr zusammen verbringen könne. Er erkläre Annahme der Wahl.

Gabi Rölli gratuliert Heinz Sigrist namens der FDP-Fraktion für die super Wahl und überreicht ihm ein kleines Präsent.

b) Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates

Robert Odermatt stellt fest, dass die Wahl des Präsidenten nun reibungslos über die Bühne gegangen war. Man sei der Auffassung, dass die Wahl des Vizepräsidenten ebenfalls reibungslos über die Bühne gehen könnte. Der Kandidat der SVP stand fest, doch in letzter Zeit seien bekanntlich diesbezüglich heftige Diskussionen entbrannt. Offenbar wolle man der SVP den Sitz streitig machen, worauf die SVP-Fraktion nochmals in Klausur ging und eine neue Strategie ausdachte. Heute werde nun jemand vorgeschlagen, wen man nicht erwarte, nämlich das jüngste Mitglied, es sei das jüngst verheiratete Mitglied, nämlich Alwin Larcher.

Karin Probst hält fest, dass bereits drei Jahre vergangen seien, seit die L2O das letzte Mal jemanden für das Vizepräsidium aus den eigenen Reihen gestellt habe. Zwischenzeitlich hätten Wahlen stattgefunden, gewisse Parteien hätten an Substanz verloren, gewisse gewonnen, und eine habe erstmals Fraktionsstärke erreicht. Für die L2O war seit dem Wahlausgang klar, dass man dank der gestärkten Position jetzt an der Reihe sei, eine geeignete Kandidatin oder ein geeigneter Kandidat für das Vizepräsidium zu stellen. Es sei auch klar geworden, dass andere eine andere Rechnung gemacht hätten und dem Fraktionsneuling nun die Ehre erweisen möchten. Der L2O bleibe aber die Möglichkeit, trotzdem die Kandidatin oder den Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen, dann komme auch der Begriff "Wahl" dem näher, was eigentlich darunter verstanden werde. Nun, die L2O verzichte darauf. Da der L2O nächstes Jahr offensichtlich eine solche Kandidatur unbestrittenemassen zustehe, wolle man die heutige Sitzung nicht künstlich verlängern und stelle keine eigene Kandidatur und zähle das nächste Jahr auf die wohlwollende Unterstützung der Ratsmitglieder.

Weitere Wahlvorschläge erfolgen nicht.

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

- Ausgeteilte Wahlzettel	28
- Eingegangene Wahlzettel	28
- Ungültige Wahlzettel	0
- Leere Wahlzettel	3
- Gültige Wahlzettel	25
- Absolutes Mehr	13

Gewählt als Vizepräsident mit 23 Stimmen ist Alwin Larcher.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann gratuliert Alwin Larcher recht herzlich zur Wahl und wünscht ihm alles Gute und viel Glück in seinem Amt.

Alwin Larcher erklärt, dass in der Ungewissheit, ob auch der Vizepräsident Annahme der Wahl erklären müsse, stehe er nun zum Votum auf. Im Vorfeld dieser Wahl, für die er den Ratsmitgliedern herzlich danke, fast den Eindruck erhalten, dass das Amt des Vizepräsidenten wichtiger als jenes des Präsidenten sei. Denn was vorher alles über das Vizepräsidium gesagt wurde, das sei viel umfänglicher gewesen als jenes beim Präsidenten. Somit entschuldige er sich bei Heinz Sigrist, dass er so viel Aufmerksamkeit auf sich zog; es werde nicht mehr passieren.

c) Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertreter

Alwin Larcher schlägt namens der SVP-Fraktion als Sekretär den bisherigen Amtsinhaber Josef Meier, und als seinen Stellvertreter ebenfalls den bisherigen Sacha Woodtli vor.

Weitere Wahlvorschläge erfolgen nicht.

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

- Ausgeteilte Wahlzettel	26
- Eingegangene Wahlzettel	26
- Ungültige Wahlzettel	0
- Leere Wahlzettel	1
- Gültige Wahlzettel	25
- Absolutes Mehr	13

Stimmen haben erhalten und sind somit gewählt:

Als Sekretär:
Meier Josef **22 Stimmen**

Als Sekretär-Stellvertreter:**Woodtli Sacha** 23 Stimmend) Wahl von zwei Stimmzählerinnen oder -zählern des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertreter

Sibylle Wüthrich schlägt namens der L2O-Fraktion als Stimmzählerin Gabriela Palmito Erazo-Luthiger und als deren Stellvertretung Heiri Schwegler.

Hans-Ruedi Jung ist entgangen, dass die L2O offenbar über mehr Sitze als die CVP verfüge, aber werde die Vorschläge der CVP-Fraktion doch noch anbringen. Als Stimmzähler schlage die Fraktion Peter Bucher vor, als dessen Stellvertreter Urs Hediger.

Weitere Wahlvorschläge erfolgen nicht.

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

- Ausgeteilte Wahlzettel	27
- Eingegangene Wahlzettel	27
- Ungültige Wahlzettel	0
- Leere Wahlzettel	0
- Gültige Wahlzettel	27
- Absolutes Mehr	14

Stimmen haben erhalten und sind somit gewählt:**Als Stimmzähler:**

Palmito Erazo-Luthiger Gabriela 20 Stimmen
Bucher Peter 23 Stimmen

Als Stimmzähler-Stellvertreter:

Schwegler Heiri 20 Stimmen
Hediger Urs 24 Stimmen

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann gratuliert allen Neugewählten und Wiedergewählten zu ihren Ämtern und richte den Gruss und Dank an die Musikschule Horw, Adrian Klapproth, für die musikalische Untermalung dieser Sitzung.

Karin Probst weist darauf hin, dass in ein paar Minuten die letzte Einwohnerratssitzung mit Sibylle Wüthrich Geschichte sei. Sie sei seit dem Sommer 2000 für die L2O im Rat und habe die Interessen mit viel persönlichen Engagement überzeugend und in ihrer kaum mehr zu überbietenden Beschränkung auf das Wesentliche vertreten. Bald werde man der Zeit nachtrauern, wo Aussagen wie "... ich werde mich kurz fassen ..." mehr gewesen seien als eine Einleitung zu Voten in epischer Länge und sie versuche nun, die Verabschiedung im Sinne von Sibylle Wüthrich zu gestalten. Die Fraktion danke Sibylle Wüthrich herzlich für alles, was sie für sie geleistet habe, wie sie sich beispielsweise für die Horwer Bäume eingesetzt habe - obwohl man damals im Rat leider keine Mehrheit gewinnen konnte - und es liege nicht im Rahmen ihrer Möglichkeiten, ihr als Abschiedsgeschenk diese Abstimmung zu verändern. Aber die Fraktion könne Sibylle Wüthrich für ein Jahr lang zur Besitzerin machen - und das sei das Abschiedsgeschenk - von 1,5 ha Land, welche während dieser Zeit geschützt werden. Sie wünsche ihr für die nahe Zukunft in Kanada alles Gute und freue sich, wenn man Sibylle Wüthrich weiterhin antreffen werde.

Hans-Ruedi Jung weiss, dass trotz der heutigen letzten Sitzung für Astrid Sprenger-Kaufmann das Amt als Einwohnerratspräsidentin noch nicht ganz zu Ende ist, doch mindestens die Verpflichtung, den Rat zu leiten - sofern nicht noch etwas ganz Ausserordentliches passieren sollte - sei sie los. Er möchte die Gelegenheit ergreifen, Astrid Sprenger-Kaufmann ganz herzlich zu danken. Der Rat konnte mit erleben, dass Astrid Sprenger-Kaufmann eine sehr souveräne Ratsführung an den Tag legte, sie sei stets Herrin der Lage gewesen. Sie habe den Rat straff, aber herzlich geführt. Es war nie ein militärischer Drill, und auch nie ein Ausüfern. Oftmals versuchte sie, mit ihrem Charme dem Rat beliebt zu machen, dass einzelne Diskussionen enden müssten; und dem konnte man in der Regel nicht widerstehen. Astrid Sprenger-Kaufmann habe die Sitzungen stets ausserordentlich minutiös vorbereitet, sie habe sich viel Zeit dafür genommen, das wirke sich auch in einer Sitzung aus. Sie sei auch in der Öffentlichkeit als gefreute Vertreterin des Rates aufgetre-

ten, er habe verschiedene Rückmeldungen erhalten, dass die den Rat gut vertreten habe, und auch das sei habe die Fraktion gefreut. Die Fraktion danke Astrid Sprenger-Kaufmann ganz herzlich für den grossen Einsatz, er wisse, dass sie sehr viel geleistet habe. Daneben hatte sich noch andere Verpflichtungen, welche wahr genommen werden mussten. Doch der Einwohnerrat hatte stets Priorität, das merkte man auch. Auch ihr werde er einen Gutschein für einen Metzgereieinkauf als Präsent überreichen.

Heinz Sigrist dankt im Namen der FDP-Fraktion Astrid Sprenger-Kaufmann herzlich für die gute und angenehme Zusammenarbeit, speziell als Vizepräsident habe er die Zusammenarbeit sehr genossen. Es war ihm eine besondere Ehre, mit ihr zusammen zu arbeiten, er schätze auch ihre angenehme Art. Die Auftritt kamen sympathisch an. Die FDP-Fraktion überreiche Astrid Sprenger-Kaufmann ebenfalls ein kleines Präsent.

Brigitte Germann-Arnold bedankt sich im Namen der L2O-Fraktion ebenfalls für die Ratsführung von Astrid Sprenger-Kaufmann. In ganz guter Erinnerung sei der Fraktion noch der sehr gelungene Einwohnerratsausflug, welcher allen sehr, sehr gut gefallen habe. Vielleicht könne man einmal zusammen in den "Froschkönig".

Alwin Larcher erinnert an einen Vorfall, als er rekonvaleszent zuhause war, und sie sei mit einem Halskra- gen mit einem grossen Blumenstrauss zu ihm nach Hause gekommen und ihm alles Gute gewünscht. Das habe ihn äusserst beeindruckt. Damals waren sie beide zwei Kranke, heute seien sie zwei Gesunde, an dem man sich freuen wolle. Sie habe im übrigen den Rat stets gesund und mit gesundem Augenmass geleitet, und diese Gesundheit möge ihr weiterhin erhalten bleiben.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller darf im Namen des Gemeinderates ebenfalls Gratulationen überbringen. Er schwenke ein in die hervorragenden Prädikate, welche vorangehend geäussert wurden. Astrid Sprenger-Kaufmann habe das Amt sehr gut ausgeführt. Sie, zusammen mit dem Vizepräsident und dem Rat zusammen, hätte sage und schreibe in diesem Amtsjahr 19 Bericht und Anträge, eine Motion, 10 Postulate und 10 Interpellationen, einige wenige Einfache Anfragen sowie 21 Wahlgeschäfte behandelt. Das habe sie alles hervorragend gemeistert, dafür gratuliere er ihr. Es sei auch wichtig zu erwähnen, dass diese Zusammenarbeit zwischen der Einwohnerratspräsidentin und dem Gemeinderat gut funktioniert habe. In diesem Sinne danke er auch im Namen der Verwaltung, denn die Frau Einwohnerratspräsidentin arbeite des öfters auch mit den Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung zusammen. Sie habe viele Repräsentationen gehabt, sie habe aber auch dem Gemeinderat einige Repräsentationen abgenommen, das sei sehr wertvoll, wenn man bei Verhinderung die Frau Einwohnerratspräsidentin schicken dürfe. Astrid Sprenger-Kaufmann hatte stets ausserordentlich charmante Auftritte und habe auch gute Voten gehalten. Er danke für die gute Zusammenarbeit. Ein Auftritt habe er in speziell guter Erinnerung, nämlich den Auftritt von Astrid Sprenger-Kaufmann anlässlich der Inthronisation des Eglivaters, das sei das Pünktchen auf dem "i" gewesen. Gleichzeitig habe sie auch das traditionelle Einwohnerratspräsidenten-Geschenk zugute. Ab dem 1. September 2005 sei sie dann halt auch eine Alt-Einwohnerratspräsidentin.

Einwohnerratspräsidentin Astrid Sprenger-Kaufmann dankt allen für so viel Ehre. Sie habe das Amt auch wirklich gerne inne gehabt. Für sie sei es wirklich eine tolle, lehrreiche Zeit gewesen, ein interessantes Jahr trotz der Mehrbelastung. Es sei ein randvolles Jahr gewesen, doch sie winde auch den Ratsmitgliedern ein Kränzchen, welche auch dieses Amtsjahr wiederum sehr aktiv gewesen seien. Es kamen bei ihr 41 Vorstösse, davon 13 dringliche, herein. Obwohl zwei Sitzungen mangels grösserer Geschäfte ausgefallen waren, könne man doch auf ein aufgeräumtes Jahr zurück blicken. Einige wichtige Geschäfte konnten unter Dach und Fach gebracht werden. Besonders gut in Erinnerung habe sie den Bericht und Antrag betreffend Sportanlagen Seefeld, welcher sehr dringend war. Sage und schreibe 219 Personen durfte sie zu hohen Geburtstagen gratulieren, zwei Monate seien wohl noch ausstehend, doch diese seien in dieser Statistik bereits mitgerechnet. Insgesamt an 48 Anlässen bis heute, und bis am 31. August 2005 seien es dann 52, durfte sie besuchen und den Rat in der Öffentlichkeit vertreten, war ihr stets Freude bereitete. Das Echo der Leute war anschliessend der Lohn dafür. Auch sonst hatte sie sehr gute Kontakte in der verschiedenen Kreisen der Bevölkerung. Am Anfang ihrer Amtszeit habe sie das Bild eines Orchesters beigezogen; sie durfte für ein Jahr lang die Dirigentin dieses Orchesters sein. Wenn das Amtsjahr nun mit einem Musikwerk verglichen werden könnte, dann könnte man sagen, nach der Ouvertüre und nach vielen schweisstreibenden Allegri, atemraubenden Presti, dazwischen Adagios und Largos sei man nun beim Finale angekommen. Die Ratsmitglieder seien allesamt engagierte Musiker und Musikerinnen gewesen und hätten sich mehrheitlich gut ins Orchester eingefügt. Die Soli wurden präzise, manchmal auch pointiert vorgetragen, und als Dirigentin sei sie von diesem Spiel auch stets herausgefordert gewesen. Die Arbeit mit dem Rat habe ihr aber stets Freude bereitet und sie beteuere zuhänden Heinz Sigrist, dass der Blick vom Dirigentenpult auch nicht ganz "ohne" sei. Heute möchte sie dem Rat für das ihr geschenkte Vertrauen und die stets angenehme Zusammenarbeit, das Engagement und das Wohlwollen danken, gerade auch in ratsablauf brenzlichen Situationen. Man habe sie vorhin sehr gelobt, es gab aber auch Stolpersteine zu bewältigen. Einen speziellen Dank möchte sie heute auch an Gemeindeschreiber Daniel Hunn für seine kompetente Beratung und Begleitung richten, ohne ihn an ihrer Seite wäre es vielleicht nicht immer so reibungslos abgelaufen. Ferner danke sie dem

Ratsbüro für das Mitplanen und Mitdenken, der Frau Ratsweibel für die Organisation im Hintergrund, dem Protokollführer für seine wichtige Arbeit am "Mischpult", ferner den Damen bei der Gemeindekanzlei, welche stets mit offenem Ohr und freundlicher Hand zur Stelle waren. Dem Gemeinderat danke sie für das Vertrauen in ihre Amtsführung und die freundliche Unterstützung, schliesslich auch dem Team des Pfarreizentrums, quasi den "Solisten" im Hintergrund. Nicht vergessen im Dank möchte sie auch ihren Mann für die tatkräftige Unterstützung und für das Warten, wenn es zeitweise spät am Abend wurde. Sie wünsche allen weiterhin viel Freude an der Ratsarbeit, genug Elan, dran zu bleiben und sie hoffe, dass man das respektvolle Miteinander nie aus den Augen verliere. Nun gehöre die Zeit dem frisch gewählten Präsidenten Heinz Sigrist, sie wünsche allen einen schönen Abend und eine gute Präsidentenfeier. Sie wünsche Heinz Sigrist in seinem Amtsjahr stets eine gesunde Hand und einen Taktstock, um den Takt angeben zu können.

Für getreues Protokoll

Die Einwohnerratspräsidentin

Der Sekretär

Der Gemeindeschreiber

Der Protokollführer